



ONLINEKOMMENTAR
DER FREI ZUGÄNLICHE
RECHTSKOMMENTAR

KOMMENTIERUNG ZU

Art. 69 BV

Eine Kommentierung von Vanessa Rüegger / Tatiana Holmer

Herausgegeben von Stefan Schlegel / Odile Ammann

Stand der Bearbeitung: 28.05.2026

PDF erstellt am: 06.10.2026

DOI: 10.17176/20260525-174125-0

ZITIERVORSCHLAG

Vanessa Rüegger/Tatiana Holmer, Kommentierung zu Art. 69 BV, in: Stefan Schlegel/Odile Ammann (Hrsg.), Onlinekommentar zur Bundesverfassung

Kurzzitat: OK-Rüegger/Holmer, Art. 69 BV N. XXX.

Art. 69 Kultur

¹ Für den Bereich der Kultur sind die Kantone zuständig.

² Der Bund kann kulturelle Bestrebungen von gesamtschweizerischem Interesse unterstützen sowie Kunst und Musik, insbesondere im Bereich der Ausbildung, fördern.

³ Er nimmt bei der Erfüllung seiner Aufgaben Rücksicht auf die kulturelle und die sprachliche Vielfalt des Landes.

GLIEDERUNG

I. Entstehungsgeschichte	3
II. Verfassungsrechtlicher Kulturbegriff	4
III. Völkerrechtliche Verpflichtungen	6
IV. Kommentar i.e.S	7
A. Kulturhoheit der Kantone (Abs. 1)	7
B. Kulturförderkompetenzen des Bundes (Abs. 2).....	8
1. Unterstützung kultureller Bestrebungen im gesamtschweizerischen Interesse (Abs. 2 Teil 1).....	8
2. Förderung der Kunst und Musik im Bereich der Ausbildung (Abs. 2 Teil 2).....	8
C. Rücksichtnahme auf die kulturelle und sprachliche Vielfalt des Landes (Abs. 3)	9
V. Grundrechtsschutz	10
A. Gewährleistung förderlicher Rahmenbedingungen	10
B. Abwehr- und Schutzpflichten	11
C. Verfahrensgarantien.....	12
VI. Ausgestaltung der Kulturförderung.....	12
A. Auf Bundesebene	12
B. In den Kantonen.....	13
C. Förderung in Notsituationen.....	14
D. Unterstützung der digitalen Transformation des Kultursektors	15
VII. Kulturgüterschutz	16
A. Zweck und Rechtsgrundlagen.....	16
B. Umgang mit historisch belasteten Kulturgütern	17
Weitere empfohlene Lektüre	18
Literaturverzeichnis.....	18
Materialienverzeichnis	23

I. ENTSTEHUNGSGESCHICHTE

- 1 Die Helvetische Verfassung von 1798 begünstigte erstmals eine an republikanischen Idealen ausgerichtete **Kulturpolitik** auf dem Gebiet der Helvetischen Republik. Die Förderung der Nationalkultur und der «geistigen Wohlfahrt» des Volkes galt als Staatszweck und Voraussetzung einer materiellen Gleichheit der Bürger.¹ Die politischen Spannungen nach dem Sonderbundskrieg von 1847 und die anhaltenden Auseinandersetzungen über den Stellenwert von Kultur im entstehenden Bundesstaat verhinderten die Aufnahme umfassender Kultur- und Bildungsartikel in die Bundesverfassung von 1848.² Dennoch förderte der Bund seit seinen Anfängen kulturelle Institutionen. Er gründete 1849 das eidgenössische Archiv,³ das er heute unter der Bezeichnung *Schweizerisches Bundesarchiv* führt. Einen im selben Jahr vorgebrachten Vorschlag des Vorstehers des Departements des Innern zur Förderung von Kunstausstellungen und -vereinigungen lehnte der Bundesrat ab. Er soll diesen Entscheid mit der kantonalen Zuständigkeit für die Förderung von Kunst begründet haben.⁴ Ab 1884 unterstützte der Bund kunstgewerbliche Anstalten und leistete einen Beitrag an den Kunstverein.⁵ Ab 1887 beteiligte sich der Bund umfassender an der Kunstförderung und gründete die Eidgenössische Kunstkommission (EKK).⁶ Im Jahr 1890 setzte der Bund die Grundlage für die Errichtung des Schweizerischen Landesmuseums⁷ (heute Schweizerisches Nationalmuseum), gefolgt von der Landesbibliothek⁸ (heute Schweizerische Nationalbibliothek).
- 2 Der Bund erachtete seine Leistung stets als Ergänzung zu bestehenden Förderstrukturen der Gemeinden, Kantone und privater Mäzene. Er eignete sich erst angesichts der Propaganda in den Nachbarländern kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges umfassendere kulturpolitische Kompetenzen an.⁹ Er gründete 1939 die Kulturstiftung Pro Helvetia und verabschiedete das Kulturprogramm der **Geistigen Landesverteidigung**.¹⁰ Im Versuch, die nationalsozialistische Filmoffensive¹¹ abzuwehren, schuf der Bund 1938 auch die Schweizerische Filmkammer und beschränkte die Filmeinfuhr per Gesetz. Eine ausdrückliche Kompetenzübertragung von den Kantonen auf den Bund folgte 1958 (Art. 27^{ter} aBV) unter dem kulturpolitischen Druck des Kalten Krieges.¹² Diese mehrheitlich an staatlichen Interessen ausgerichtete Kulturförderung blieb über Jahrzehnte bestehen.¹³
- 3 Insbesondere die gesellschaftlichen Umwälzungen der 1960er Jahre führten zu einer Öffnung und Demokratisierung der Kulturpolitik.¹⁴ Ein Meilenstein war der 1975 veröffentlichte Schlussbericht der vom Bundesrat eingesetzten Expertenkommission für Fragen der schweizerischen Kulturpolitik (sog. Clottu-Bericht). Der Bericht entwirft das Bild einer **demokratischen Kulturpolitik**, die Kultur als

1. Rohr, S. 99; Töndury, S. 183 sowie 176–192, m.w.H.

2. Botschaft KFG, S. 4823; zum Ganzen SGK-Schweizer/Bernet/Fankhauser, Art. 69 BV N. 1; OFK-Biaggini, Art. 69 BV N. 1.

3. Bundesgesetz über die Organisation und den Geschäftsgang des Bundesrates vom 28.5.1849, AS 1848 49.

4. Clottu-Bericht, S. 386 (mit Verweis auf eine handschriftliche Notiz, die nicht verifiziert werden konnte (A.d.A.)).

5. Botschaft Förderung und Hebung der Kunst, S. 524, 526; Graber, Zwischen Geist und Geld, S. 61.

6. Art. 1 Bundesbeschluss betreffend die Förderung und Hebung der schweizerischen Kunst vom 22.12.1887, BS 4 199.

7. Bundesbeschluss betreffend die Errichtung eines schweizerischen Landesmuseums vom 27.6.1890, AS 11 690.

8. Bundesbeschluss betreffend die Errichtung einer schweizerischen Landesbibliothek vom 28.6.1894, BBl 1894 III 140 ff.

9. Hauser/Tanner, S. 21.

10. Botschaft Kulturwahrung und Kulturwerbung; Kessler, S. 1–98; Dal Molin, S. 48–60.

11. Bezeichnet die vom nationalsozialistischen Regime seit den 1930er-Jahren verfolgte kulturpolitische Propagandastrategie, die darauf abzielte, ideologisch gefärbte deutsche Filme in den Nachbarländern zu verbreiten.

12. SGK-Geiser/Graber, Art. 71 BV N. 1 f.; OFK-Biaggini, Art. 71 BV N. 1.

13. Hauser/Tanner, S. 24.

14. Hauser/Tanner, S. 24, 26 f.; Töndury, S. 209 f.

Ausdruck individueller Freiheit und Voraussetzung der Demokratie versteht und in ihren vielfältigen Erscheinungsformen fördert.¹⁵

- 4 Neben den bereits genannten Kompetenzen im Bereich des Films (Art. 27^{ter} aBV) war der Bund ab den 1960er Jahren punktuell für weitere Bereiche der Kultur (N. 10 f.) zuständig, namentlich für den Kulturgüterschutz im Rahmen des Zivilschutzes (Art. 22^{bis} aBV), für den Natur- und Heimatschutz (Art. 24^{sexies} aBV) und für die elektronischen Medien (Art. 55^{bis} aBV) sowie im Bereich der Sprachen (Art. 116 aBV). Bestrebungen, die **Kulturförderungskompetenzen des Bundes** weiter zu stärken, scheiterten mit der Ablehnung der Kulturinitiative 1981,¹⁶ der Ablehnung des Gegenentwurfs 1986¹⁷ und der Ablehnung eines Kulturförderungsartikels 1994¹⁸ an der Urne.¹⁹
- 5 Erst die totalrevidierte Bundesverfassung sollte mit Art. 69 BV erstmals eine umfassendere **Kulturkompetenz des Bundes** enthalten.²⁰ Der VE 95 enthielt einen Kulturartikel, der auch die Förderung der Verständigung sowie den Austausch unter den Sprachgemeinschaften und die Kompetenz zum Erlass von Vorschriften zur Förderung des Films und der Regulierung des Filmmarkts (Art. 73 VE 95) vorsah.²¹ Der Vorschlag war in der Vernehmlassung umstritten, weshalb in Art. 83 VE 96 ein (deklaratorischer) Vorbehalt zu Gunsten der kantonalen Kulturkompetenz erfolgte. Die Diskussionen in den Verfassungskommissionen führten zur Auftrennung der Kulturförderung und der Sprachenordnung in separate Artikel. Ergänzt wurde die Bundesverfassung mit einem über den Nachführungsauftrag hinausweisenden Teilsatz, wonach der Bund «Kunst und Musik insbesondere im Bereich der Ausbildung» fördert (Art. 69 Abs. 2).²²

II. VERFASSUNGSRECHTLICHER KULTURBEGRIFF

- 6 Der Kulturbegriff ist schwer zu fassen. In den Wissenschaften wird der Begriff je nach Disziplin unterschiedlich bearbeitet; eine abschliessende staatliche Definition der Kultur wäre problematisch.²³ Der Begriff findet sich in zahlreichen Bundesverfassungsbestimmungen, doch verzichtet diese auf eine **Definition**.²⁴ Das Schweizer Recht kennt keinen einheitlichen Kulturbegriff.²⁵ In den einzelnen Bestimmungen der Bundesverfassung wird der Kulturbegriff mal umfassender (Art. 2 Abs. 2 BV), mal im engeren Sinn (Art. 69 BV) verwendet, weshalb der verfassungsrechtliche Kulturbegriff jeweils im Kontext des Zwecks und des sachlichen Zusammenhangs einer Bestimmung auszulegen ist.²⁶ Der Bund verweist regelmässig auf den (weiten) Kulturbegriff der UNESCO Weltkonferenz von Mexiko (1982).²⁷ Demnach soll Kultur «als die Gesamtheit der einzigartigen geistigen, materiellen, intellektuellen und emotionalen Aspekte angesehen werden, die eine Gesellschaft oder eine soziale

15. Clottu-Bericht, S. 13, 15, 21.

16. Eidgenössische Kulturinitiative von 11.8.1981, BBl 1981 III 175, S. 176; Botschaft zur «Eidgenössischen Kulturinitiative» vom 18.4.1984, BBl 1984 II 501 ff.

17. Gegenentwurf der Bundesversammlung, BBl 1986 I 45, S. 46.

18. Bundesratsbeschluss über das Ergebnis der Volksabstimmung vom 12.6.1994, BBl 1994 III 1251; Bundesbeschluss über einen Kulturförderungsartikel in der Bundesverfassung (Art. 27^{septies} BV) vom 18.6.1993, BBl 1993 II 870; Botschaft über einen Kulturförderungsartikel in der BV (Art. 27^{septies} BV) vom 6.11.1991, BBl 1992 I 533 ff.

19. SGK-Schweizer/Bernet/Fankhauser, Art. 69 BV N. 2.

20. Schweizer, S. 187–191; SGK-Schweizer/Bernet/Fankhauser, Art. 69 BV N. 4 ff.; OFK-Biaggini, Art. 69 BV N. 1.

21. Erläuterungen VE 95, 104 ff.

22. AB 1998 S. 171 f.

23. Kiener, S. 18; Graber, Kulturverfassung, N. 1.

24. Raschèr, Kultur, N. 30 ff.; Graber, Kulturverfassung, N. 10; CR-Noël, Art. 69 BV N. 7 f.

25. Zum Kunst- und Kulturrecht einführend Bandle/Renold; Schack; Lenski.

26. Raschèr, Kulturbegriff, in: Raschèr/Bandle, Kulturrecht Kunstrecht, § 1 N. 24; Pfändler-Oling, S. 21; OFK-Biaggini, Art. 69 BV N. 2; SGK-Schweizer/Bernet/Fankhauser, Art. 69 BV N. 1; CR-Noël, Art. 69 BV N. 12; BSK-Schmidt-Gabain, Art. 69 BV N. 11.

Gruppe kennzeichnen. Dies schliesst nicht nur Kunst und Literatur ein, sondern auch Lebensformen, die Grundrechte des Menschen, Wertsysteme, Traditionen und Glaubensrichtungen».²⁸ Die Erklärung der UNESCO-Weltkonferenz über Kulturpolitik und nachhaltige Entwicklung (sog. MONDIACULT 2022)²⁹ bestätigt diesen Kulturbegriff. Mit Annahme der Erklärung haben sich rund 150 Staaten – darunter die Schweiz – dafür ausgesprochen, Kultur als globales öffentliches Gut (Gemeingut) mit einem eigenständigen Wert anzuerkennen.³⁰

- 7 In seiner Anwendung im Bereich der Kompetenzaufteilung zwischen Bund und Kantonen bedarf der Kulturbegriff einer pragmatischen Einschränkung. Die Bundeskompetenz zur Kulturförderung nach Art. 69 Abs. 2 BV umfasst **Kultur im engeren Sinn**. Dazu zählen gemeinhin die Förderung des Kulturschaffens, die Vermittlung von Kunst und Kultur, der Kulturgüterschutz und die Führung oder Förderung von Kulturinstitutionen wie Museen, Archive oder Bibliotheken.
- 8 Unbestritten ist, dass der Kulturbegriff nach Art. 69 BV auch künstlerische Tätigkeiten und die Vermittlung von Kunst einschliesst und diesfalls die Kunstfreiheit (Art. 21 BV) Anwendung findet. Das Bundesgericht hat den verfassungsrechtlichen **Kunstbegriff** offen definiert, weshalb die Entscheidungsträger von Fall zu Fall über den künstlerischen Wert eines Werkes zu entscheiden haben.³¹ Dabei ist von formellen, materiellen und institutionellen Strukturmerkmalen auszugehen, die der Kunst eigen sind, wobei auch das künstlerische Selbstverständnis zu berücksichtigen ist.³² Die Abgrenzung zwischen der Kulturförderung und der Kunstförderung als einer Unterkategorie ist unter anderem deshalb relevant, weil die Bundeskompetenzen im Bereich der Kunstförderung umfassender ausgestaltet sind (siehe N. 20).
- 9 Das neuere Konzept des **immateriellen Kulturerbes** (Art. 1 Bst. a Ziff. 1 KFG) erweitert die Kulturförderkompetenz um gesellschaftliche Traditionen und Praktiken, die gemäss dem Bundesinventar der Lebendigen Traditionen insbesondere die Bereiche «Gesellschaftliche Praktiken», «Mündliche Ausdrucksweisen» und «Traditionelles Handwerk» umfassen.³³ Im Anwendungsfall kann die Abgrenzung anspruchsvoll sein.³⁴ Die Kompetenzen anderer kultureller Bereiche im weiteren Sinn, wie beispielsweise Natur- und Heimatschutz, Bildung und Wissenschaft, sind in besonderen Verfassungsartikeln festgeschrieben.³⁵ Dabei bleibt der umfassende und offene Kulturbegriff der UNESCO Bezugspunkt jeder Kulturpolitik.

27. Siehe etwa Kulturbotschaft 2012–2015, S. 2980; Kulturbotschaft 2025–2028, S. 9. Zur begrifflichen Unschärfe des Kulturbegriffs sowie zur kulturpolitisch gebotenen Unterscheidung zwischen Kultur und Kunst, vgl. Graber, Kulturverfassung, N. 2, 4 f., 43.

28. Deutsche UNESCO-Kommission, Weltkonferenz über Kulturpolitik: Schlussbericht der von der UNESCO vom 26.7. bis 6.8.1982 in Mexiko-Stadt veranstalteten internationalen Konferenz, UNESCO-Konferenzbericht Nr. 5, München 1983 (Originaltext siehe World Conference on Cultural Policies, Mexico 1982). Zum Kulturbegriff im internationalen Kulturrecht vertiefend Nafziger/Kirkwood/Dundes.

29. UNESCO World Conference on Cultural Policies and Sustainable Development, Mexico City, 28–30.9.2022.

30. UNESCO, MONDIACULT 2022 Final Declaration, Ziff. 19 f.; Kulturbotschaft 2025–2028, S. 9.

31. BGE 131 IV 64 E. 10.1.3; SGK-Rüegger/Hafner, Art. 21 BV N. 12.

32. SGK-Rüegger/Hafner, Art. 21 BV N. 15 f. m.w.H.

33. CR-Noël, Art. 69 BV N. 9. Die Liste der Lebendigen Traditionen der Schweiz, abrufbar unter <https://www.lebendige-traditionen.ch/tradition/de/home.html>, besucht am 17.3.2026; Verordnung des EDI über das Förderungskonzept zur Bewahrung des immateriellen Kulturerbes vom 23.12.2024 (SR 442.125.2).

34. Zugang zu wirtschaftlichen Massnahmen für die Kultur, während der COVID-Pandemie (Covid-19-Kulturverordnung) für ein Unternehmen für Pyrotechnik vom Bundesgericht mangels Zuständigkeit offengelassen (BGE 147 I 333 E. 1.9); bei Hilfsmassnahmen für Veranstaltungen muss der kulturelle Zweck die wirtschaftlichen Interessen überwiegen, BVGer-Urteil B-498/2021 (4.10.2022), E. 3.1.1. Zur (engen) Auslegung des Kulturbegriffs im Kontext der Covid-Massnahmen, siehe auch Erläuterungen zur Covid-19-Kulturverordnung des Bundesamts für Kultur, <https://www.news.admin.ch/news/message/attachments/63235.pdf>, besucht am 17.3.2026.

35. Gl. M. Schweizer, S. 196; BSK-Schmidt-Gabain, Art. 69 BV N. 11; CR-Noël, Art. 69 BV N. 10 f.; Graber, Kulturverfassung, N. 11; Gredig, S. 137.

III. VÖLKERRECHTLICHE VERPFLICHTUNGEN

- 10 Die Kulturförderung von Bund und Kantonen gemäss Art. 69 BV vollzieht sich nicht im rechtsfreien Raum. Vielmehr sind sowohl die Eidgenossenschaft als auch die Kantone im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten an **völkerrechtliche Verpflichtungen** gebunden, die den Schutz und die Förderung der Kultur betreffen. Internationale Übereinkommen und Konventionen unterstreichen die herausragende Bedeutung der Kultur für den Frieden, die Menschenwürde und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie konkretisieren und verstärken den kulturpolitischen Handlungsauftrag der Schweiz und schaffen einen verbindlichen Rahmen, innerhalb dessen sich die staatliche Kulturpolitik auf nationaler und kantonaler Ebene zu entfalten hat.
- 11 Bereits das frühe **humanitäre Völkerrecht** schützt kulturelle Güter (Art. 27 Haager Abkommen (1907),³⁶ später auch Haager Kulturgutabkommen (1954)³⁷), was die herausragende Bedeutung der Kultur für die moderne Gesellschaft unterstreicht. Die Verschleppung und Zerstörung abertausender Kulturgüter im Zweiten Weltkrieg schlug sich in der internationalrechtlichen Nachkriegsordnung nieder. Die Charta der Vereinten Nationen verpflichtet die Vertragsparteien zur Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kultur und zur Förderung von Stabilität, Wohlfahrt und Frieden (Art. 55 Bst. b UN-Charta).³⁸ Die zur Erfüllung dieses Postulats 1945 gegründete Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), der die Schweiz seit 1949 angehört, setzt sich für die Erhaltung und Förderung der Kultur als Mittel der Zusammenarbeit und Friedensförderung ein.
- 12 Die Schweiz hat mehrere **internationale Übereinkommen** unter der Schirmherrschaft der UNESCO ratifiziert, die den Schutz des Kulturerbes und der Bekämpfung des illegalen Handels mit Kulturgütern³⁹ sowie die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdruckformen zum Gegenstand haben.⁴⁰ Diese Instrumente definieren jeweils ihren eigenen Anwendungsbereich und verfolgen unterschiedliche Ziele.⁴¹ Schutz und Förderung der Kultur sind auch Ausdruck der menschenrechtlichen Pflichten aus den für die Schweiz verbindlichen Menschenrechtsverträgen (siehe N. 24).⁴²
- 13 Auf **regionaler Ebene** hat sich die Schweiz im europäischen Kontext zur Wahrung und Sicherung der Kultur verpflichtet, indem sie eine Reihe von Kulturübereinkommen ratifiziert hat, die unter der Ägide des Europarats verabschiedet wurden.⁴³ In diesem Rahmen ist der Schutz des kulturellen Erbes zunehmend auch zu einem Gegenstand des Menschenrechtsschutzes geworden. Der Europäische

36. Abkommen betreffend die Rechte und Pflichten der neutralen Mächte und Personen im Falle eines Landkriegs vom 18.10.1907, in Kraft getreten für die Schweiz am 11.7.1910 (SR 0.515.21). Siehe auch die Genfer Abkommen vom 12.8.1949, in Kraft getreten für die Schweiz am 21.10.1950 (SR 0.518.12, 0.518.23, 0.518.42, 0.518.51) sowie die beiden Zusatzprotokolle vom 8.6.1977, in Kraft getreten für die Schweiz am 17.8.1982 (SR 0.518.521, 0.518.522), insb. Art. 53 Zusatzprotokoll I und Art. 16 Zusatzprotokoll II.

37. Haager Abkommen für den Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten vom 14.5.1954, in Kraft getreten für die Schweiz am 15.8.1962 (SR 0.520.3) (siehe auch Zusatzprotokolle). Das Bundesgesetz über den Schutz der Kulturgüter bei bewaffneten Konflikten, bei Katastrophen und in Notlagen vom 20.6.2014 (SR 520.3; KGSG) ist das Ausführungsgesetz im innerstaatlichen Recht.

38. Charta der Vereinten Nationen vom 26.6.1945, in Kraft getreten für die Schweiz am 10.9.2002 (SR 0.120).

39. Übereinkommen zum Schutz des Kultur- und Naturgutes der Welt vom 23.11.1972, in Kraft getreten für die Schweiz am 17.12.1975 (SR 0.451.41); Übereinkommen zur Bewahrung des immateriellen Kulturerbes vom 17.10.2003, in Kraft getreten für die Schweiz am 16.10.2008 (SR 0.440.6); Übereinkommen über Massnahmen zum Verbot und zur Verhütung der rechtswidrigen Einfuhr, Ausfuhr und Übereignung von Kulturgut vom 14.11.1970, in Kraft getreten für die Schweiz am 3.1.2004 (SR 0.444.1); Übereinkommen über den Schutz des Unterwasser-Kulturerbes vom 2.11.2001, in Kraft getreten für die Schweiz am 25.1.2020 (SR 0.444.2).

40. Übereinkommen über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen vom 20.10.2005, in Kraft getreten für die Schweiz am 16.10.2008 (SR 0.440.8). Zum Übereinkommen entführend Schorlemers/Stoll.

41. Vgl. Renold/Desboeufs, S. 164 ff.

42. HRC, Report of the Independent Expert in the Field of Cultural Rights (21.3.2011).

Gerichtshof für Menschenrechte erkennt den Schutz kultureller Güter als legitimes öffentliches Interesse in einer demokratischen Gesellschaft an.⁴⁴ Auch hat er den Schutz und die Förderung der Kultur als Teilgehalt verschiedener Konventionsrechte thematisiert (siehe N. 24).

IV. KOMMENTAR I.E.S

A. Kulturhoheit der Kantone (Abs. 1)

- 14 Die Kompetenz zum Schutz und zur Förderung der Kultur liegt bei den Kantonen. Das ergibt sich aus den allgemeinen Grundsätzen der Kompetenzaufteilung von Bund und Kantonen (Art. 3 i.V.m. Art. 42 BV). Der unechte Vorbehalt in Art. 69 Abs. 1 BV bestätigt die originäre Kompetenz der Kantone im Bereich der Kultur.⁴⁵ Die Aufnahme der Bestimmung in die neue Bundesverfassung zeigt, dass der **föderalen Kompetenzverteilung** im Bereich der Kultur auch weiterhin grosse Bedeutung zukommen soll.⁴⁶
- 15 Die Kantone betreiben eine nach je eigenen Kriterien aufgestellte Kulturförderung. Der so institutionalisierte **Kulturföderalismus** spiegelt die sprachliche und kulturelle Vielfalt der Schweiz wider, deren Hauptträger die Kantone sind. Die Mehrheit der Kantonsverfassungen enthält einen staatlichen Auftrag zur Kulturförderung.⁴⁷ In vielen Kantonen umfasst der Kulturauftrag neben der Förderung von Kunst und Kultur auch den Schutz und die Erhaltung der Kulturgüter. Einzelne Kantone machen sich auch die Erhaltung des Brauchtums oder der Volkskultur zur Aufgabe.⁴⁸ Wie umfassend die Kantone ihre Zuständigkeiten im Bereich der Kultur verstehen, ergibt sich in der Regel aus den Bestimmungen der kantonalen Verfassungen, der kantonalen Kulturfördergesetze und der kantonalen Förderpraxis.
- 16 Die **interkantonale Zusammenarbeit** im Bereich der Kultur erfolgt seit 1986 durch die Konferenz der kantonalen Kulturbeauftragten (KBK). Seit 2011 tauschen sich Bund, Kantone und Gemeinden im Rahmen des Nationalen Kulturdialogs⁴⁹ zur Kulturpolitik aus und verabschieden Empfehlungen, Berichte und Konzepte zu den bearbeiteten Themen.⁵⁰ Einzelne Kantone und Gemeinden haben untereinander Vereinbarungen zur gegenseitigen Unterstützung von Kultureinrichtungen abgeschlossen.⁵¹ Des Weiteren verpflichtet das Geldspielgesetz⁵² die Kantone, die Reingewinne aus Lotterien und Sportwetten vollumfänglich für gemeinnützige Zwecke eingeschlossen die Kultur zu

43. Europäisches Kulturabkommen vom 19.12.1954, in Kraft getreten für die Schweiz am 13.7.1962 (SR 0.440.1); Übereinkommen zum Schutz des baugeschichtlichen Erbes in Europa vom 3.10.1985, in Kraft getreten für die Schweiz am 1.7.1996 (SR 0.440.4); Europäisches Übereinkommen zum Schutz des archäologischen Erbes (revidierte Fassung) vom 16.1.1992, in Kraft getreten für die Schweiz am 28.9.1996 (SR 0.444.5); Rahmenübereinkommen des Europarats über den Wert des Kulturerbes für die Gesellschaft vom 27.10.2005, in Kraft getreten für die Schweiz am 1.3.2020 (SR 0.440.2).

44. EGMR *J. Paul Getty Trust und andere gegen Italien*, Nr. 35271/19, 2.5.2024. Siehe auch EGMR (Grosse Kammer), *Kozacıoğlu gegen Türkei*, Nr. 2334/03, 19.2.2009; EGMR *Debelianovi gegen Bulgarien*, Nr. 61951/00, 29.3.2007; EGMR *SCEA Ferme de Fresnoy gegen Frankreich*, Nr. 61093/00, 1.12.2005; EGMR *Beyeler gegen Italien*, Nr. 33202/96, 5.1.2000.

45. SGK-Schweizer/Bernet/Fankhauser, Vorb. zu Art. 69 BV N. 10; BSK-Schmidt-Gabain, Art. 69 BV N. 6.

46. Entsprechend auch die kantonalen Stellungnahmen im Vernehmlassungsverfahren und die Voten in den Räten vor Verabschiedung der neuen Bundesverfassung, angedeutet in Botschaft BV, S. 285.

47. § 101 KV/BL; § 36 KV/AG; Art. 49 Abs. 1 KV/AR; § 35 KV/BS; Art. 48 Abs. 1 KV/BE; Art. 79 KV/FR; Art. 216 KV/GE; Art. 40 Abs. 1 KV/GL; Art. 90 KV/GR; Art. 5 Abs. 1 lit. n KV/NE; Art. 23 Abs. 1 KV/ND; Art. 30 Abs. 1 KV/OB; Art. 91 lit. a KV/SH; § 17 KV/SW; Art. 14 Abs. 2 KV/TI; § 75 Abs. 1 KV/TG; Art. 42 KV/UR; Art. 120 KV/ZH; Art. 53 Abs. 1 KV/VD; Art. 42 Abs. 1 KV/JU; Art. 11 lit. c KV/SG.

48. So die Kantone Ob- und Nidwalden.

49. Vereinbarung der Städte, Gemeinden, Kantone und des Bundes über den nationalen Dialog über die Schweizer Kulturpolitik vom 25.10. 2011.

50. Siehe etwa Nationaler Kulturdialog, Konzept zur Bewahrung und Pflege des Kulturerbes der Schweiz vom 13.11.2023; Dies., Empfehlungen zur Entschädigung von Kunstschaaffenden in der Schweiz vom 22.4.2024.

verwenden (Art. 125 Abs. 1 BGS). Die Kantone erhalten so jährlich einen substanziellen Betrag, den sie unter anderem zur Förderung der Kultur verwenden (müssen).

B. Kulturförderkompetenzen des Bundes (Abs. 2)

1. Unterstützung kultureller Bestrebungen im gesamtschweizerischen Interesse (Abs. 2 Teil 1)

- 17 Nach Art. 69 Abs. 2 BV kann der Bund «kulturelle Bestrebungen von gesamtschweizerischem Interesse unterstützen». Mit der h.L. ist von einer **parallelen Förderkompetenz** des Bundes auszugehen, wobei die Kompetenz des Bundes weniger umfassend ausgestaltet ist als die originäre Kulturförderkompetenz der Kantone.⁵³ Das zeigt sich zum einen in der Formulierung, wonach der Bund kulturelle Bestrebungen von gesamtschweizerischem Interesse «unterstützen» kann. Der Begriff gibt dem Bund eine gewisse Zurückhaltung bei der Kulturförderung vor. Gerade in denjenigen Bereichen, in denen der Bund seit Jahrzehnten eine eigenständige Förderpolitik betreibt, besteht *de facto* jedoch auch eine eigenständige Kulturförderkompetenz des Bundes.⁵⁴ Die Kann-Formulierung räumt dem Bund einen weiten Ermessensspielraum in der Ausgestaltung seiner Kompetenz ein.⁵⁵
- 18 Die Förderkompetenz des Bundes ist auf kulturelle Bestrebungen von **gesamtschweizerischem Interesse** beschränkt. Angesichts der bedeutenden Vorbehalte der Kantone zur Aufnahme dieser Bestimmung in die revidierte Bundesverfassung ist der Begriff eng auszulegen.⁵⁶ Zur Auslegung des verfassungsrechtlichen Begriffs des gesamtschweizerischen Interesses kann unter anderem dessen gesetzliche Konkretisierung in Art. 6 Abs. 2 KFG beigezogen werden. Ein gesamtschweizerisches Interesse liegt demnach insbesondere dann vor, wenn ein Kulturgut für die Schweiz oder ihre Sprachgemeinschaften wichtig ist, ein Projekt überregionale Auswirkungen hat, oder das künstlerische Talent einer Person nationale oder internationale Bedeutung hat. Auch wenn eine Organisation zur Vernetzung von Kulturschaffenden beiträgt, ein Projekt Innovation fördert oder ein kultureller Anlass national oder international ausstrahlt; ebenso, wenn ein Projekt wesentlich zum nationalen oder internationalen Kulturaustausch beiträgt. Zur Kulturförderkompetenz des Bundes im gesamtschweizerischen Interesse gehört weiter auch der Kulturgüterschutz (dazu N. 44).
- 19 Die Aufzählung in Art. 6 Abs. 2 KFG ist beispielhaft; dem Bund bleibt ein beträchtlicher **Ermessensspielraum**.⁵⁷ In den Kulturbotschaften des Bundes findet sich denn auch eine ausgesprochen weite Auffassung der Bestimmung.⁵⁸ Die eidgenössische Kulturförderung nähert sich in einer solchen Auslegung im Resultat zusehends einer parallelen Bundeskompetenz an.

2. Förderung der Kunst und Musik im Bereich der Ausbildung (Abs. 2 Teil 2)

- 20 Für die Förderung von Kunst und Musik, insbesondere im Bereich der Ausbildung, besteht mit Art. 69 Abs. 3 BV eine **eigenständige Förderkompetenz** als parallele Bundeskompetenz. Die Zuständigkeit

51. z. B. Vereinbarung über die interkantonale Zusammenarbeit und den Lastenausgleich im Bereich der Kultureinrichtungen von überregionaler Bedeutung vom 24.11.2009 zwischen den Kantonen Appenzell A.Rh., Appenzell I.Rh., St. Gallen und Thurgau (SR/AR 615.2; IKZAV).

52. Bundesgesetz über Geldspiele vom 17.11.2017 (SR 935.51; Geldspielgesetz, BGS).

53. Botschaft BV, S. 286; AB 1998 N, S. 300 ff.; AB 1998 S, S. 74 f., 82, 171 f., 179; SGK-Schweizer/Bernet/Fankhauser, Art. 69 BV N. 24; BSK-Schmidt-Gabain, Art. 69 BV N. 8; Aubert/Mahon, Art. 69 BV N. 9; Raschèr/Christen/Tribolet, S. 1045 ff.; CR-Noël, Art. 69 BV N. 15.

54. OFK-Biaggini, Art. 69 BV N. 6.

55. SGK-Schweizer/Bernet/Fankhauser, Art. 69 BV N. 23.

56. Botschaft BV, S. 286; OFK-Biaggini, Art. 69 BV N. 6; Pfändler-Oling, S. 181–183; a. M. BSK-Schmidt-Gabain, Art. 69 BV N. 11.

57. Pfändler-Oling, S. 182; OFK-Biaggini, Art. 69 BV N. 6.

58. Siehe etwa Kulturbotschaft 2016–2020, S. 510, 522 f.; Kulturbotschaft 2025–2028, S. 41 f.

des Bundes in diesem Bereich ist umfassender als diejenige im Bereich der Kultur im Allgemeinen. Fördert der Bund die Ausbildung in Kunst und Musik, hat er dabei die kantonale Schulhoheit zu wahren,⁵⁹ was insbesondere Unterstützungsangebote im ausserschulischen Bereich begünstigt.⁶⁰

- 21 Art. 67a BV ergänzt sowohl die Bildungsartikel als auch die Kulturartikel der Bundesverfassung. Als *lex specialis* zu Art. 69 Abs. 2 BV weist die Bestimmung dem Bund im Bereich der Musik weiterreichende Förderungskompetenzen zu.⁶¹ Er erteilt dem Bund eine Förderkompetenz im Bereich der **musikalischen Bildung**, insbesondere für Kinder und Jugendliche (Art. 67a Abs. 1 und Abs. 2 Satz 1 BV). Die Kantone verpflichtet er, die musikalische Bildung zu fördern und sich für einen hochwertigen Musikunterricht an Schulen einzusetzen (Art. 67a Abs. 1 und Abs. 2 Satz 1 BV). Ziel ist es, die musikalische Bildung von Kindern und Jugendlichen zu stärken.⁶² In Umsetzung von Art. 67a Abs. 3 BV und des neuen Art. 12 Abs. 4 KFG⁶³ ergänzt die Verordnung «Junge Talente Musik»⁶⁴ die Bundesgesetzgebung. Das Programm «Junge Talente Musik» hat zum Ziel, Kinder und Jugendliche mit überdurchschnittlichen musikalischen Fähigkeits- und Leistungspotenzial frühzeitig zu erkennen und sie gezielt und nachhaltig zu fördern. Der Bund ist für die Gesamtsteuerung des Programms verantwortlich und legt die Mindestvoraussetzungen für kantonale Förderanträge fest.⁶⁵

C. Rücksichtnahme auf die kulturelle und sprachliche Vielfalt des Landes (Abs. 3)

- 22 Art. 69 Abs. 3 BV verpflichtet den Bund bei Erfüllung seiner Kulturkompetenzen zu Rücksichtnahme auf die **kulturelle und sprachliche Vielfalt** des Landes. Kulturelle Vielfalt ist ein wesentliches Merkmal der Schweiz. Sie ist in der Präambel der Bundesverfassung, in deren Zielbestimmung (Art. 2 Abs. 2 BV), in den einzelnen Grundrechten (insbes. Art. 18 (Sprachenfreiheit), 21 (Kunstfreiheit), 15 BV (Religionsfreiheit)) und in den einschlägigen Kompetenzartikeln institutionell verankert.⁶⁶ Der Betonung der kulturellen Vielfalt steht die Erhaltung der Schweiz als politische Einheit gegenüber. Die Schweizer Bundesverfassung zeichnet sich durch die Bemühung zur Einheit in der Vielheit aus.⁶⁷ Dieses Spannungsverhältnis zwischen Vielfalt und Einheit findet sich auch in den Bestimmungen über die Kulturförderung wieder.
- 23 Aufgrund des **offenen Kulturbegriffs** (siehe N. 6 f.) ist die Rücksichtnahme auf kulturelle Vielfalt nicht auf die traditionelle Viersprachigkeit (Art. 4 BV) und regionale Diversität der Schweiz beschränkt.⁶⁸ Der offene Kulturbegriff ist Voraussetzung für ein zeitgemässes Verständnis von Kultur⁶⁹ und öffnet die Verfassung für kulturelle Anliegen unterschiedlichster Art, sowie die ständige – teilweise auch überraschende – Weiterentwicklung von Kunst und Kultur.⁷⁰ Die Bundesverfassung schützt die Vielfalt von Kultur, wie auch immer sie als «ein bewegliches, auch fließendes Element»⁷¹ erscheint. Ziel ist es, die Vielfalt und stetige Weiterentwicklung kultureller Aktivitäten zu gewähren und die Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen am kulturellen Leben zu ermöglichen.⁷²

59. OFK-Biaggini, Art. 69 BV N. 8.

60. Uhlmann et al., N. 34; SGK-Schweizer/Bernet, Art. 21 BV N. 32.

61. SGK-Schweizer/Bernet, Art. 67a BV N. 20; BSK-Hänni, Art. 67a BV N. 6.

62. Zum Ganzen SGK-Schweizer/Bernet, Art. 67a BV N. 14 ff.

63. Kulturbotschaft 2021–2024, S. 3244; Bundesgesetz über die Kulturförderung, Änderung vom 25.9.2020, AS 2021 49.

64. Verordnung des EDI über das Förderungskonzept zum Programm «Junge Talente Musik» vom 15.6.2022 (SR 442.133); CR-Gavillet, Art. 67a BV N. 19.

65. BAK, Rahmenkonzept, S. 2; SGK-Schweizer/Bernet, Art. 67a BV N. 44.

66. Botschaft BV, S. 126; SGK-Schweizer/Bernet/Fankhauser, Vorb. zu Art. 69 BV N. 1.

67. Botschaft BV, S. 12 f.; Rhinow/Schefer/Uebersax, N. 576–578, 580.

68. Vgl. Kulturbotschaft 2012–2015, S. 2782; CR-Noël, Art. 69 BV N. 13.

69. OFK-Biaggini, Art. 69 BV N. 2; Holland, S. 8; Müller, Einheit der Verfassung, S. 18 f.

70. Gl. M. Uhlmann et al., N. 248; CR-Noël, Art. 69 BV N. 19; weiterführend Müller, Einheit der Verfassung, S. 21.

71. Müller, Perspektiven der Demokratie, S. 118.

V. GRUNDRECHTSSCHUTZ

A. Gewährleistung förderlicher Rahmenbedingungen

- 24 Die Kulturförderung von Bund und Kantonen ist wie alles staatliche Handeln grundrechtsgebunden. Die Bundesverfassung verpflichtet zur **Verwirklichung der Grundrechte** in der gesamten Rechtsordnung (Art. 35 BV). Gleich mehrere Grund- und Menschenrechte verpflichten Bund und Kantone auf programmatischer Ebene dazu, das freiheitliche Kulturleben zu erhalten und zu fördern, insbesondere die Kunstfreiheit (Art. 21 BV).⁷³ Ein Rechtsanspruch auf Ausrichtung von Subventionen an die Kultur kann jedoch weder aus den Grundrechten noch aus Art. 69 BV abgeleitet werden.⁷⁴
- 25 Die **grundrechtliche Förderpflicht** beinhaltet im Bereich der Kultur zunächst die Aufgabe, politische und rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die kulturellen Austausch, Bildung und ein vielfältiges Kulturschaffen ermöglichen und die «kulturelle Grundversorgung»⁷⁵ des Landes sichern. Die Förderung der Kultur ist Voraussetzung für die Ausübung elementarer Freiheiten (Freiheit *durch* den Staat). Der Zugang zu und die Auseinandersetzung mit den kulturellen Erzeugnissen anderer Menschen ist ein wichtiger Bestandteil menschlicher Erfahrungen und Voraussetzung einer mehrdimensionalen Persönlichkeitsentwicklung mittels Bildung, Kunst, Wissenschaft und weiterer kultureller Güter und Praktiken. Der Grundrechtsverwirklichungsauftrag beinhaltet auf programmatischer Ebene die Pflicht, die rechtlichen und tatsächlichen Bedingungen zu schaffen, auf deren Grundlage Kunst und Kultur möglich sind, wozu Schutz, Pflege, Förderung und Vermittlung von Kultur gehören.⁷⁶
- 26 Auch die **internationalen Menschenrechtsverträge** verweisen auf die Verschränkung von Kulturförderung und individuellen Freiheitssphären. Artikel 27 der Allgemeine Erklärung der Menschenrechte schützt das Recht, am kulturellen Leben der Gemeinschaft frei teilzunehmen und sich an den Künsten zu erfreuen. Der Bestimmung liegt der Gedanke zugrunde, dass erst die freie Teilnahme am kulturellen Leben einer Gesellschaft die *freie* Entfaltung eines Menschen ermöglicht. Derselbe Gedanke findet sich in Art. 15 des UNO-Pakt I.⁷⁷ Gemäss dem Sozialausschuss sind Förderung und Respekt kultureller Rechte Voraussetzung für den Schutz der Menschenwürde und erfüllende Interaktionen in einer kulturell vielfältigen Welt.⁷⁸ In einem ähnlichen Sinn schützt Art. 27 des UN-Pakt II⁷⁹ das Recht von Minderheiten, «ihr eigenes kulturelles Leben zu pflegen». Auch die UNESCO hat wiederholt betont, dass Kultur ein soziales Phänomen ist, das aus der Verbindung individueller kreativer Tätigkeiten und Kooperationen entsteht.⁸⁰ Der EGMR schützt verschiedene Aspekte der kulturellen Teilhabe, insbesondere unter Anwendung der Meinungsäusserungsfreiheit (Art. 10 EMRK)⁸¹ und des Rechts auf Achtung des Privat- und Familienlebens (Art. 8 EMRK).⁸²

72. Kulturbotschaft 2025–2028, S. 101 f.; siehe auch die Stellungnahme des Bundesrates vom 4.9.2024 zu Interpellation (24.3755) «Kulturbotschaft 2025–2028. Wie sieht die Strategie zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention im Kulturbereich und zur Verbesserung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen aus?».

73. SGK-Rüegger/Hafner, Art. 21 BV N. 27; Kulturbotschaft 2025–2028, S. 9.

74. SGK-Schweizer/Bernet/Fankhauser, Art. 69 BV N. 44; Uhlmann et al., N. 85 ff.

75. Kulturbotschaft 2012–2015, S. 2985.

76. Rüegger, S. 249 ff.

77. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 16.12.1966, in Kraft getreten für die Schweiz am 18.9.1992 (SR 0.103.1).

78. CESCR, General Comment No. 21, N. 1. Ebenso HRC, Report of the Independent Expert in the Field of Cultural Rights (21.3.2011), N. 2.

79. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 16.12.1966, in Kraft getreten für die Schweiz am 18.9.1992 (SR 0.103.2).

80. UNESCO, Recommendation on Participation by the People at Large in Cultural Life and Their Contribution to It (26.11.1976); siehe entsprechend auch HRC, Report of the Special Rapporteur in the Field of Cultural Rights (3.2.2016), N. 47, 51; siehe auch HRC, Report of the Independent Expert in the Field of Cultural Rights (21.3.2011), N. 60.

B. Abwehr- und Schutzpflichten

- 27 Auf der Abwehr- und Schutzebene gewährleisten die Grundrechte allgemein und die Kunstfreiheit im Besonderen ein **Instrumentalisierungsverbot** der Kultur für staatliche Zwecke.⁸³ Staatliche Kulturförderung steht im Dienst der geförderten Kulturschaffenden. Sie muss auf die Unterstützung der Persönlichkeitsentfaltung und der kulturellen Vielfalt ausgerichtet sein. Das bedeutet umgekehrt, dass der Staat nur beschränkt Kontrolle über staatlich geförderte Kultur ausüben darf.⁸⁴
- 28 Die Behörden sind im Rahmen der Leistungsverwaltung verpflichtet, der geförderten Kultur mit einer objektiven und sachlichen Haltung zu begegnen. Ob dem Staat eine **Verpflichtung zu Neutralität** gegenüber der Kultur zukommt, ist in der Lehre und Rechtsprechung erst ansatzweise thematisiert. Grundsätzlich muss der Staat Fördermassnahmen im Bereich der Kultur – genau wie solche für die Medien oder die Wissenschaft – wertungsneutral gewährleisten und also alle seine Handlungen «meinungsneutral» ausgestalten.⁸⁵ Für staatliche Kulturinstitutionen ist die Verpflichtung zu Neutralität mit prozeduralen und inhaltlichen Vorgaben verbunden (siehe N. 27).⁸⁶ Verletzt ist die Neutralitätspflicht etwa dann, wenn der Staat einseitig wertend zu grundrechtlich geschützten Kunstwerken Stellung bezieht (Bewertungsverbot). Aus heutiger Sicht problematisch ist etwa die behörliche Aussage, dass ein künstlerisch gestaltetes Grabmal «das Niveau einer Gartenplastik kaum überschreite».⁸⁷ Bei Fördermassnahmen besteht ein Identifikationsverbot.⁸⁸ Zurückzuweisen ist deshalb der Anspruch, Kunst werde staatlich gefördert, «um unserem Land Geltung zu verschaffen, und nicht, um es zu verunglimpfen».⁸⁹
- 29 Dies bedeutet hingegen nicht, dass sich der Staat im negativen Sinn indifferent gegenüber kulturellen Tätigkeiten zu verhalten hat. Der Staat ist vielmehr verpflichtet, die kulturelle Vielfalt zu gewähren (siehe N. 19) und gegebenenfalls zu fördern, das heisst aktive Massnahmen zu ergreifen und – wo nötig – Stellung zu beziehen und Schutzmassnahmen zu ergreifen.⁹⁰ Ausdruck der grundrechtlichen **Schutzpflicht** ist es, Kultur unter Abwägung mit anderen geschützten Rechtsgütern zu fördern, wie etwa dem Schutz vor Diskriminierung oder überwiegender öffentlicher Interessen. Verletzten kulturelle Ausdrucksformen auf nicht rechtfertigbare Weise die Grundrechte Dritter oder andere geschützte Rechtspositionen, kann ein Ausschluss von Instrumenten der Kulturförderung im begründeten Einzelfall gerechtfertigt sein.⁹¹ Bei Verdacht einer Verletzung geschützter Rechtsgüter durch kulturelle Werke oder Tätigkeiten ist im Einzelfall eine sorgfältige Prüfung und Abwägung der einander gegenüberstehenden Interessen unter Würdigung des Gesamtkontexts vorzunehmen; die Verfahrensrechte sind zu wahren (insbes. rechtliches Gehör (Art. 29 Abs. 2 BV)) und die Behörde hat sich bei ihrem Entscheid grösstmögliche Objektivität und Zurückhaltung aufzuerlegen.

81. EGMR *Mariya Alekhina und andere gegen Russland*, Nr. 38004/12, 3.12.2018; EGMR *Müller gegen Schweiz*, Nr. 41202/98, 5.11.2002.

82. EGMR *Gareth Lee gegen Grossbritannien*, Nr. 18860/19, 7.12.2021; EGMR (Grosse Kammer), *Sargsyan gegen Azerbaijan*, Nr. 40167/06, 16.6.2015.

83. Rügger, 363 f. Zum Begriff der Instrumentalisierung in Bezug auf die Grundrechte, vgl. BSK-Belser/Molinari, Art. 7 BV N. 11 ff.

84. Clottu-Bericht, S. 15; Uhlmann et al., N. 16 f., 89.

85. BGE 120 Ib 142 E. 3.c/aa; BGer 2C_719/2016 vom 24.8.2017 E. 3.6; Müller/Schefer, S. 400 f.; zu den historischen, philosophischen und rechtlichen Grundlagen der Neutralität des Staates ausführlich Engi und Huster.

86. Häberle, S. 40.

87. BGE 96 I 104 E. 3.

88. Uhlmann, Neutralität der Verwaltung, S. 215; Müller/Schefer, S. 401 f.

89. AB 2004 N, Frage 04.5258 Rime betreffend Affäre Hirschhorn.

90. Waldmann, S. 602 f.

91. SGK-Rügger/Hafner, Art. 21 BV N. 28 f. Siehe auch Antworten des Regierungsrats des Kantons Basel-Stadt vom 20.9.2023 zu Anfragen Nr. 23.5369.02, 23.5367.02 und 23.5359.02 (sog. Affäre Alain Claude Sulzer).

C. Verfahrensgarantien

- 30 Kulturförderung übt auch bei staatlicher Zurückhaltung durch die Zuweisung staatlicher Ressourcen einen bestimmenden Einfluss auf die Kultur aus. Umso zentraler ist es, dass Instrumente und Verfahren der Kulturförderung den **rechtsstaatlichen Anforderungen** entsprechen. Das Willkürverbot (Art. 9 BV), das Rechtsgleichheitsgebot (Art. 8 BV) und die Verfahrensrechte (Art. 29 ff. BV) sind in der staatlichen Kulturförderung im Allgemeinen und bei der Ausrichtung von Subventionen im Besonderen einzuhalten.⁹² Besonders bedeutsam ist die rechtsgleiche Ausgestaltung der Förderung, die Definition ausgewogener Förderkriterien, die Zusammensetzung des zuständigen Gremiums, die transparente Begründung von Förderentscheiden und der Rechtsschutz.⁹³
- 31 Bei der Zusprache von Fördermassnahmen ist der Anspruch auf gleiche und gerechte Behandlung nach Art. 29 Abs. 1 BV zu gewährleisten.⁹⁴ Die Garantie des rechtlichen Gehörs (Art. 29 Abs. 2 BV) erfordert, dass Förderverfahren so ausgestaltet sind, dass die Betroffenen ihre Argumente geltend machen können. Dies ist in der Regel mit dem Projektantrag erfüllt.⁹⁵ Die Behörde muss den Antrag inhaltlich würdigen und ihren Entscheid begründen. Die **Begründung** muss so ausgestaltet sein, dass sie den Inhalt des Förderantrags aufgreift und die Gründe für den Entscheid nachvollziehbar darlegt.⁹⁶ Der Umfang des Begründungserfordernisses hängt von den Umständen des Einzelfalls und dem Ermessensspielraum der Behörde ab.⁹⁷
- 32 Das Kulturförderungsgesetz schliesst die **Rüge der Unangemessenheit** im Beschwerdeverfahren gegen Finanzhilfen aus (Art. 26 Abs. 2 KFG).⁹⁸ Ein Teil der Lehre beurteilt diese Einschränkung unter Bezug auf die Rechtsweggarantie (Art. 29a BV) kritisch.⁹⁹ Angesichts der Prekarität des Kultursektors und der teilweise starken Abhängigkeit von Kulturschaffenden und Kulturinstitutionen von staatlichen Subventionen wäre eine Ausweitung des Rechtsschutzes zu begrüssen. Das Bundesgericht beurteilte mindestens den absoluten Ausschluss eines Rechtsmittels gegen Entscheide betreffend Kulturfördermitteln als Verletzung der Rechtsweggarantie (Art. 29a BV).¹⁰⁰

VI. AUSGESTALTUNG DER KULTURFÖRDERUNG

A. Auf Bundesebene

- 33 Das **Bundesgesetz über die Kulturförderung (KFG)**¹⁰¹ konkretisiert den Kulturauftrag des Bundes. Es regelt die Kulturförderung des Bundes in den Bereichen Bewahrung des kulturellen Erbes, Kunst- und Kulturschaffen einschliesslich Nachwuchsförderung, Vermittlung von Kunst und Kultur, Austausch zwischen den kulturellen und sprachlichen Gemeinschaften in der Schweiz, Kulturaustausch mit dem Ausland und die Organisation der Stiftung Pro Helvetia (Art. 1 KFG). Vorbehalten bleibt eine beträchtliche Anzahl Spezialgesetze, die ausgewählte Bereiche der eidgenössischen Kulturförderung regeln. Besonders relevant sind die Erlasse über die

92. SGK-Schweizer/Bernet/Fankhauser, Art. 69 BV N. 44; Uhlmann et al., N. 85 ff.

93. Müller/Schefer, S. 401 f.

94. BVGer B-3924/2013 vom 8.9.2015 E. 4; BVGer B-842/2023 vom 10.10.2023 E. 3.2–3.4.

95. BVGer B-3924/2013 vom 8.9.2015 E. 5.7.2.

96. BGE 129 I 232 E. 3.2; BVGer B-2782/2007 vom 4.10.2007 E. 4.3; BVGer B-4036/2021 vom 13.07.2022 E. 8.1.

97. BVGer B-4036/2021 vom 13.7.2022 E. 8.1.

98. Botschaft KFG, S. 4838; BVGer B-4572/2012 vom 17.3.2015 E. 1.7, 8; BVGer B-2759/2017 vom 13.3.2018 E. 1.

99. Uhlmann/Bognuda, S. 378.

100. BGE 147 I 333 E. 1.6.1–1.6.4; SGK-Schweizer, Art. 35 BV N. 20; SGK-Kley, Art. 29a BV N. 40.

101. Bundesgesetz über die Kulturförderung vom 11.12.2009 (SR 442.1; Kulturförderungsgesetz, KFG).

Nationalbibliothek,¹⁰² die Museen und Sammlungen des Bundes,¹⁰³ den Film,¹⁰⁴ den Natur- und Heimatschutz¹⁰⁵ und den Kulturgütertransfer.¹⁰⁶

- 34 Für die Umsetzung seiner Kulturkompetenzen verfügt der Bund über vier **Kulturinstitutionen** als Hauptträger seiner Kulturpolitik: Das Bundesamt für Kultur (BAK), die Stiftung Pro Helvetia, die Schweizerische Nationalbibliothek und das Schweizerische Nationalmuseum. Die von der Bundesversammlung verabschiedete Kulturbotschaft konkretisiert die Förderschwerpunkte des Bundes und legt die Bundesausgaben an die Kultur für eine jeweils vierjährige Förderperiode fest (Art. 27 KFG).¹⁰⁷
- 35 Dem Bund stehen zur Förderung der Kultur und der kulturellen Teilhabe verschiedene **Mittel** zur Verfügung.¹⁰⁸ Der Bund fördert die Schaffung von Kunst und Kultur und die kulturelle Teilhabe unter anderem durch Fördergelder und Preise und betreibt dabei sowohl Spitzen- als auch Breitenförderung.¹⁰⁹ Die Erhaltung von Kunstwerken und Kulturgütern erfolgt im Rahmen des Kulturgüterschutzrechts sowie durch Massnahmen zur Archivierung und Aufbewahrung in Museen, Sammlungen und Archiven des Bundes (siehe N. 44 f.). Die Unterstützung der Vermittlung von Kultur erfolgt auf Bundesebene mehrheitlich durch die Finanzierung von Ausstellungen und Vermittlungsprogrammen in Kulturinstitutionen, wie etwa dem Schweizerischen Nationalmuseum.

B. In den Kantonen

- 36 Die meisten Kantone verfügen über ein Kulturförderungsgesetz, das ihren verfassungsmässigen **Kulturauftrag** konkretisiert (siehe N. 13).¹¹⁰ Auf dieser Grundlage legen sie in jeder Legislatur die Leitlinien ihrer Kulturpolitik sowie die Prioritäten und budgetären Massnahmen fest.¹¹¹ Die Umsetzung erfolgt in der Regel gemeinsam durch Kanton und Gemeinden, gestützt auf eine interne Aufgabenverteilung,¹¹² die teils ausdrücklich im Gesetz verankert ist.¹¹³ Gemeinden haben dabei unterschiedlich grossen Handlungsspielraum in der Entwicklung ihrer Kulturförderpolitik.¹¹⁴ Der sachliche Geltungsbereich der kantonalen Kulturförderungsgesetze ist unterschiedlich. In der Regel umfassen sie die Förderung von kultureller und künstlerischer Schöpfung, Vermittlung, künstlerischer Bildung, Zugang zur Kultur, kulturelle Teilhabe, Kulturerbe sowie die Organisation der kantonalen

102. Bundesgesetz über die Schweizerische Nationalbibliothek vom 18.12.1992 (SR 432.21; Nationalbibliotheksgesetz, NBibG).

103. Bundesgesetz über die Museen und Sammlungen des Bundes vom 12.6.2009 (SR 432.30; Museums- und Sammlungsgesetz, MSG).

104. Bundesgesetz über Filmproduktion und Filmkultur vom 14.12.2001 (SR 443.1; Filmgesetz, FiG).

105. Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz vom 1.7.1966 (SR 451; NHG).

106. Bundesgesetz über den internationalen Kulturgütertransfer vom 20.6.2003 (SR 444.1; Kulturgütertransfergesetz, KGTG).

107. Botschaft KFG, S. 4826.

108. Vgl. OFK-Biaggini, Art. 69 BV N. 5a.

109. Siehe neben dem KFG etwa auch Verordnung des EDI über das Förderungskonzept zur Stärkung der kulturellen Teilhabe vom 23. Dezember 2024 (SR 442.130); Verordnung des EDI über das Förderungskonzept für die Unterstützung kultureller Anlässe und Projekte vom 23. Dezember 2024 (SR 442.128).

110. Die jüngeren Gesetzgebungen umfassen etwa das Loi sur l'encouragement des activités culturelles et artistiques vom 3.9.2024 (SR/NE 451.01; LEAC); Loi pour la promotion de la culture et de la création vom 23.6.2023 (SR/GE C 3 05; LPCCA); Gesetz über die Förderung der Kultur im Kanton Uri vom 26.9.2021 (SR/UR 10.811; Kulturförderungsgesetz, KFG); Kulturförderungsgesetz vom 15.8.2017 (SR/SG 275.1; KFG); Gesetz über die Förderung der Kultur vom 15.2.2017 (SR/GR 494.300; Kulturförderungsgesetz, KFG).

111. Art. 7 Abs. 2 sowie 3 LPCCA; Art. 6 Abs. 1 KFG/UR; Art. 5 KFG/GR.

112. Art. 5 Abs. 1 LEAC; Art. 7 Abs. 1 LPCCA; Art. 6 KFG/UR; Art. 3 KFG/SG; Art. 3 KFG/GR. Siehe auch Art. 2 Abs. 2 Gesetz über die kulturellen Angelegenheiten vom 24.5.1991 (SR/FR 480.1; KAG); Art. 2 Kulturförderungsgesetz vom 15.11.1996 (SR/VS 440.1; KFG).

113. Art. 8 LPCCA. Siehe auch Art. 3 Abs. 1 sowie 2 Kantonaes Kulturförderungsgesetz vom 12.6.2012 (SR/BE 423.11; KKFG).

114. Art. 6 Règlement d'application de la loi pour la promotion de la culture et de la création vom 7.5.2025 (SR/GE C 3 05.01; RPCCA).

Kulturinstitutionen.¹¹⁵ In einzelnen Kantonen ist der Schutz des materiellen und/oder immateriellen Kulturerbes spezialgesetzlich geregelt.¹¹⁶

- 37 Die Organisation der für die Kulturförderung zuständigen kantonalen Stellen liegt in der **Autonomie** der Kantone.¹¹⁷ Da die Kantone unter anderem auch für die Umsetzung internationaler Abkommen im Kulturbereich zuständig sind, kann es notwendig sein, ihre institutionellen Strukturen entsprechend anzupassen, um internationalen Verpflichtungen nachzukommen (siehe N. 6), wie etwa nach der Ratifikation des Übereinkommens zur Bewahrung des immateriellen Kulturerbes durch die Schweiz (siehe N. 10). Die Kantone Freiburg und Waadt verfügen über spezifische Strukturen für das immaterielle Kulturerbe.¹¹⁸
- 38 Die meisten Kantone handeln nach dem **Subsidiaritätsprinzip**, wonach die Förderung primär der Initiative von Privaten sowie von privaten oder öffentlichen Organisationen obliegt.¹¹⁹ Die Formen der Kulturförderung sind vielfältig. Zentrale Fördermassnahmen sind finanzielle Beiträge in Form von einmaligen oder wiederkehrenden Subventionen; daneben können auch andere Förderformen gesetzlich vorgesehen sein, wie etwa die Vergabe von Kulturpreisen und Stipendien, der Ankauf von Werken oder die unentgeltliche oder entgeltliche Bereitstellung von Produktions- und Vermittlungsräumen, von Infrastruktur oder Personal.¹²⁰

C. Förderung in Notsituationen

- 39 Die Pflicht zur Förderung der Kultur besteht gerade auch in Notsituationen, etwa bei Pandemien, bewaffneten Konflikten, Naturkatastrophen oder Cyberattacken. Dies ergibt sich aus der hohen Bedeutung, die der Kultur in einem föderalen Staat zukommt, sowie einem Bewusstsein für ihre **systemrelevante Bedeutung** in einer pluralistischen Demokratie. Die Förderung der Kultur durch die öffentliche Hand trägt zur demokratischen Entwicklung der Gemeinschaft bei und ermöglicht eine Offenheit für Ideen anderer Menschen, die für die Ausübung grundlegendster Rechte und Pflichten der Bürgerinnen und Bürger unerlässlich ist.¹²¹
- 40 Die COVID-19-Epidemie zwischen 2020 und 2022 hat den gesamten Kultursektor mit erheblichen wirtschaftlichen und strukturellen Schwierigkeiten konfrontiert. Um die sozialen und wirtschaftlichen Folgen für Kulturschaffende und Kulturinstitutionen zu mildern, wurden eine Reihe von dringlichen Massnahmen ergriffen.¹²² Die Massnahmen verfolgten ein dreifaches Ziel, nämlich die wirtschaftlichen¹²³ Folgen der Pandemie für Kulturunternehmen, Kulturschaffende und Kulturvereine im Laienbereich abzumildern, die Kulturunternehmen bei der Anpassung an die neuen Bedingungen zu unterstützen sowie die kulturelle Vielfalt zu erhalten (Art. 1 **Covid-19-Kulturverordnung**). Das dezentral verwaltete System dieser Massnahmen sowie die verstärkte Zusammenarbeit zwischen den staatlichen Akteuren aller föderaler Ebenen, der Zivilgesellschaft und dem Privatsektor wurden rückblickend als positiv bewertet.¹²⁴ Die Pandemie verdeutlichte aber auch systemische Schwächen

115. Art. 5 LPCCA. Siehe auch Art. 1 Kultugesetz vom 31.3.2009 (SR/AG 495.200; KG).

116. Art. 2 Abs. 2 LEAC; Art. 22 Abs. 2 RPCCA; Art. 1 Abs. 2 KFG/SG. Siehe auch Art. 2 Abs. 2 Loi sur la vie culturelle et la création artistique vom 8.4.2014 (SR/VD 446.11; LVCA); Art 2 Abs. 3 Legge sul sostegno alla cultura vom 16.12.2013 (SR/TI 440.100).

117. SGK-Schweizer/Bernet/Fankhauser, Art. 69 BV N. 20.

118. Art. 9–11 Verordnung über das immaterielle Kulturerbe vom 8.9.2020 (SR/FR 480.21); Art. 8 und 35 LPMI; art. 1–4 und 12–13 RLPMI.

119. Art. 3 Abs. 1 LEAC; Art. 5 Abs. 3 LPCCA; Art. 2 Abs. 1 KAG.

120. Art. 10 und 13 LEAC; Art. 6 LPCCA; Art. 4 KFG/UR. Siehe auch Art. 8 LVCA; Art. 8 KAG.

121. Kulturbotschaft 2012–2015, S. 2981.

122. Zu den Unterstützungsmassnahmen im Kulturbereich einführend Raschèr/Uhlig/Neeser, N. 8 ff.; Uhlmann et al., N. 234 ff.

123. Zum Begriff der Nothilfe für Kulturschaffende, siehe das Urteil des BVGer B-4052/2021 vom 13.6.2022.

124. Kulturbotschaft, 2025–2028, S. 10 f.; Schwenkel/Ritz/Pestoni, S. 5 f.

des Kultursektors, insbesondere die prekären Arbeitsbedingungen der Kulturschaffenden und deren mangelnde soziale Absicherung.¹²⁵

- 41 Notsituationen unterstreichen die Notwendigkeit einer **kontinuierlichen staatlichen Kulturförderung** unter enger Zusammenarbeit von Bund, Kantonen und Gemeinden, sowie staatlicher Schutzmassnahmen, einschliesslich eines verstärkten Schutzes des kulturellen Erbes. Da diese Situationen oftmals nationale Grenzen überschreiten, sind internationale Instrumente wie die Haager Konvention von 1954 und das UNESCO-Übereinkommen von 1970 besonders bedeutsam. Darüber hinaus gewinnt in einem vom Klimawandel geprägten Umfeld die Frage der Nachhaltigkeit zunehmend an Bedeutung. Gerade Kulturinstitutionen tragen als öffentliche Akteure diesbezüglich eine Verantwortung gegenüber der Gesellschaft. Sie müssen sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für eine nachhaltige Entwicklung einsetzen.¹²⁶ Die Schaffung eines die Kulturkompetenzen von Bund und Kantonen übergreifenden normativen Handlungsrahmens ist entscheidend, um eine rasche und wirksame Reaktion auf aktuelle und zukünftige Notsituationen unterschiedlichster Art zu gewährleisten.

D. Unterstützung der digitalen Transformation des Kultursektors

- 42 Die **digitale Transformation** bietet neue Möglichkeiten für den Kultursektor. Sie stellt jedoch auch eine grosse Herausforderung für den gesamten Sektor dar und führt zu tiefgreifenden Veränderungen in allen Phasen des kulturellen Schaffens. Es entstehen neue Kanäle für die Verbreitung und Vermittlung von Kultur sowie neue Mittel für deren Archivierung und Bewahrung.¹²⁷ Blockchain-Technologien, Streaming-Plattformen und der zunehmende Einsatz künstlicher Intelligenz in der Kulturproduktion und -distribution definieren die Beziehungen zwischen Kulturschaffenden, Institutionen und Publikum neu.¹²⁸ Diese Entwicklungen werfen nicht nur gewichtige Datenschutzfragen auf (Art. 13 BV),¹²⁹ sondern stellen auch neue wirtschaftliche Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Urheberrecht,¹³⁰ der angemessenen Vergütung und der gerechten Verteilung wirtschaftlicher Erträge (Art. 27 BV). Zugleich berühren sie Grundrechte wie die Kunstfreiheit (Art. 21 BV) und die Meinungsäusserungsfreiheit (Art. 16 BV).
- 43 Der Bund hat den digitalen Wandel zu einer Priorität seiner Kulturpolitik gemacht¹³¹ und will Förderungsinstrumente entwickeln, die den neuen digitalen Produktions- und Verbreitungsformen Rechnung tragen. Im Rahmen seiner verfassungsmässigen Kulturförderungspflichten kommt ihm dabei eine besondere Verantwortung zu, günstige Rahmenbedingungen für eine chancengerechte, zugängliche und rechtlich gesicherte **digitale Infrastrukturen** zu schaffen und die digitalen Kompetenzen im Kultursektor zu fördern.¹³² Bund und Kantone sind im Rahmen ihrer jeweiligen Kompetenzen gefordert, dieser Entwicklung angemessen zu begegnen, etwa durch Fördermassnahmen oder der Anpassung rechtlicher Grundlagen, beispielsweise im Urheberrecht.

125. Kulturbotschaft 2025–2028, S. 11.

126. Nationaler Kulturdialog, Ökologie im Kulturbereich, S. 8 ff.; Solt, S. 12 f.

127. Kulturbotschaft 2025–2028, S. 17 ff.

128. Kulturbotschaft 2025–2028, S. 17 ff.

129. OK-Drittenbass, Art. 13 BV N. 14.

130. Vgl. Benhamou/Ferland.

131. Vgl. Kulturbotschaft 2012–2015, S. 2973 f.; Kulturbotschaft 2016–2020, S. 520 f., 525 f.

132. Kulturbotschaft 2025–2028, S. 17 ff.

VII. KULTURGÜTERSCHUTZ

A. Zweck und Rechtsgrundlagen

- 44 Auch der **Kulturgüterschutz** zählt zur Kulturförderung im Sinn von Art. 69 Abs. 2 BV.¹³³ Der Kulturgüterschutz ist Voraussetzung für die kulturelle Vielfalt und Teilhabe. Das Kulturgüterrecht bezweckt Kulturgüter vor Zerstörung, Diebstahl, Plünderung und illegaler Ein- und Ausfuhr zu schützen.¹³⁴
- 45 Als **Kulturgut** gelten Güter, die aus religiösen oder weltlichen Gründen für Archäologie, Vorgeschichte, Geschichte, Literatur, Kunst oder Wissenschaft bedeutungsvoll sind und in einer Kategorie der in der UNESCO-Konvention von 1970 enthaltenen Liste von Kulturgütern aufgelistet sind (Art. 2 Abs. 1 KGTG). Die Schweiz hat die UNESCO-Kulturgüterschutzkonvention¹³⁵ ratifiziert. Mit der Ratifizierung des UNESCO-Übereinkommens zum Schutz des Unterwasser-Kulturerbes wurde der Begriff des Kulturguts in Art. 2 Abs. 1 KGTG um die Definition des Unterwasser-Kulturerbes gemäss dem Übereinkommen ergänzt.¹³⁶ Neben diesen beiden internationalen Rechtsinstrumenten regelt eine Reihe weiterer internationaler Übereinkommen Einzelheiten des Kulturgüterschutzes.¹³⁷ Der Bund ist seiner Verpflichtung zur gesetzlichen Umsetzung seiner internationalrechtlichen Verpflichtungen im Kulturgütertransfersgesetz¹³⁸ nachgekommen. Dieses regelt die Einfuhr von Kulturgut in die Schweiz, seine Durch- und Ausfuhr sowie seine Rückführung aus der Schweiz (Art. 1 KGTG).
- 46 Der Handel mit beweglichen Kulturgütern unterliegt Einschränkungen, um den illegalen Handel zu bekämpfen. Der Bund stützt sich für die Regulierung des Verkehrs mit beweglichen Kulturgütern auch auf seine Kompetenz zur **Regulierung privatwirtschaftlicher Tätigkeiten** nach Art. 95 Abs. 1 BV. Umstritten ist, wie weit mit dem Kulturgüterschutz in den freien Markt eingegriffen werden darf.¹³⁹ Das öffentliche Interesse an einer Regulierung des freien Marktes zum Schutz von Kulturgütern ist sowohl im Völkerrecht als auch im Verfassungsrecht im Grundsatz anerkannt. Der EGMR hat im Urteil *Beyeler gegen Italien* die Kontrolle des Kulturgütermarkts durch Italien als öffentliches Interesse zum Schutz des kulturellen und künstlerischen Erbes eines Landes anerkannt.¹⁴⁰ Vertragsstaaten haben gemäss EGMR im Rahmen des Eigentumsschutzes (Art. 1, 1. Zusatzprotokoll zur EMRK vom 20. März 1952 (von der Schweiz nicht ratifiziert)) einen gewissen Ermessensspielraum, um zu beurteilen, was als Kulturgüterschutz im öffentlichen Interesse liegt.¹⁴¹ Diese Abwägung bleibt im Einzelfall anspruchsvoll und darf nicht für dem Kulturgüterschutz fremde Zwecke, wie etwa dem Handel mit Kulturgütern, instrumentalisiert werden.

133. SGK-Schweizer/Bernet/Fankhauser, Art. 69 BV N. 29; Renold, Kulturgüterschutz, N. 12 f.

134. Zum Kulturgüterrecht einführend Renold, Kulturgüterschutz; Odendahl, Kulturgüterschutz; Odendahl, Kulturgüterrecht. Zu Fragen der Restitution von Kulturgut einführend Schönenberger.

135. Übereinkommen über Massnahmen zum Verbot und zur Verhütung der rechtswidrigen Einfuhr, Ausfuhr und Übereignung von Kulturgut vom 14.11.1970, in Kraft getreten für die Schweiz am 3.1.2004 (SR 0.444.1).

136. Übereinkommen über den Schutz des Unterwasser-Kulturerbes vom 2.11.2001, in Kraft getreten für die Schweiz am 25.1.2020 (SR 0.444.2); Petrig/Stemmler, S. 8 f.

137. Eine Übersicht findet sich bei Raschèr, Grundlagen, N. 30 ff.

138. Bundesgesetz über den internationalen Kulturgütertransfer vom 20.6.2003 (SR 444.1; Kulturgütertransfersgesetz, KGTG); vgl. Raschèr/Renold/Desboeufs, N. 208 ff.

139. Zum Ganzen Merryman/Elsen/Urice, S. 121 ff.

140. EGMR *Beyeler gegen Italien*, Nr. 33202/96, 5.1.2000, N. 112.

141. EGMR *Beyeler gegen Italien*, Nr. 33202/96, 5.1.2000, N. 112.

B. Umgang mit historisch belasteten Kulturgütern

- 47 Die Schweiz hat 1998 die «Washingtoner Richtlinien»¹⁴² (auch Washingtoner Prinzipien) angenommen, die Grundsätze für die Rückgabe von Kulturgütern von Opfern des Holocaust und anderen Opfern der Verfolgung durch die Nazis festlegen. In diesem Rahmen hat der Bund eine Reihe von Massnahmen ergriffen, um geraubte Kulturgüter zu identifizieren und die Richtlinien umzusetzen,¹⁴³ u.a. durch die Einrichtung einer Anlaufstelle für Raubkunst und die Vergabe von Geldern für die Provenienzforschung.¹⁴⁴ Die Bundesversammlung hat mit Annahme der sog. Motion Pult einen weiteren Schritt zur Umsetzung der Washingtoner Prinzipien unternommen und den Bund zur Einsetzung einer **Kommission** zur Beurteilung einschlägiger Anfragen verpflichtet.¹⁴⁵ Mit dem Inkrafttreten der Verordnung über die unabhängige Kommission für historisch belastetes Kulturerbe (VUKBK)¹⁴⁶ am 1. Januar 2024 soll eine ständige Verwaltungskommission mit beratender und vorbereitender Funktion im Sinne von Art. 8a Abs. 2 RVOV¹⁴⁷ geschaffen werden. Die verabschiedete Verordnung wirft eine Reihe von berechtigten Fragen auf, insbesondere in Bezug auf das Legalitätsprinzip,¹⁴⁸ den Umfang des Geltungsbereichs¹⁴⁹ und das vorgesehene Verfahren.¹⁵⁰ Mit der Teilrevision des KGTG wurde die Kommission nachträglich mit einer formellen gesetzlichen Grundlage ausgestattet und wurden ihre Aufgaben definiert.¹⁵¹ In der Folge hat der Bundesrat die VUKBK durch die Verordnung über die Kommission für historisch belastetes Kulturerbe (VKHBK) ersetzt¹⁵² und die Mitglieder der Kommission für historisch belastetes Kulturerbe (KHBK) eingesetzt.¹⁵³ Die Kommission hat kurz darauf ihre Tätigkeit aufgenommen und erarbeitet unter anderem ein Verfahrensreglement für die Behandlung von Einzelfällen.¹⁵⁴ Es handelt sich im internationalen Vergleich um die erste Kommission, die sich mit Restitutionen sowohl aus dem NS-Kontext aus auch aus dem kolonialen Kontext befasst.
- 48 Unter dem Gesichtspunkt der beschränkten Bundeskompetenzen im Bereich der Kultur ist es fraglich, ob die Einsetzung einer Kommission, die Empfehlungen zur Rückgabe von Kunstwerken oder anderer Kulturgüter etwa aus Beständen **kantonomer Museen** ausspricht, in die Zuständigkeit des Bundes fällt.¹⁵⁵ Die im Parlament offen gelassene Frage wird bei Vorliegen eines konkreten Anwendungsfalles zu beantworten sein.¹⁵⁶

Zu den Autorinnen

142. Washington Conference Principles on Nazi-Confiscated Art vom 3.12.1998.

143. Raschèr, Raubkunst, N. 744 ff., 769 ff.

144. EDI, NS-Raubkunst im Zeitraum von 2017–2021, S. 14; zur Provenienzforschung im Allgemeinen siehe <https://www.bak.admin.ch/bak/de/home/kulturerbe/raubkunst/provenienzforschung-in-der-schweiz.html>, besucht am 17.3.2026.

145. Motion Pult (21.4403) «Unabhängige Kommission für NS-verfolgungsbedingt entzogene Kulturgüter» vom 9.12.2021.

146. Verordnung über die unabhängige Kommission für historisch belastetes Kulturerbe vom 22.11.2023 (SR 444.21; VUKBK); Lehmann, S. 72 ff.

147. Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung vom 25.11.1998 (SR 172.010.1; RVOV).

148. Kulturbotschaft 2025–2028, S. 109 f.; Catrina/Müller-Chen, S. 112.

149. Uhlmann/Eckstein, S. 12 f.; Stellungnahme VMS und ICOM Schweiz «Botschaft über die Förderung der Kultur 2025–2028» vom 13.9.2023, S. 4, abrufbar unter <https://www.museums.ch/de/unser-engagement/mitteilungen/stellungnahmen-3334.html>, besucht am 17.3.2026.

150. Uhlmann/Eckstein, S. 19 f.

151. Änderung vom 21.3.2025, BBl 2025 1098.

152. Verordnung über die Kommission für historisch belastetes Kulturerbe vom 28.1.2026 (SR 444.21; VKHBK).

153. Medienmitteilung Bundesrat vom 28.1.2026, abrufbar unter https://www.news.admin.ch/de/newnsb/KXXO_MTy2InclKbDCTubR, besucht am 13.4.2026.

154. Medienmitteilung KHBK vom 17.3.2026, abrufbar unter <https://www.khbk.admin.ch/de/medienmitteilungen-de>, besucht am 13.4.2026.

155. Catrina/Müller-Chen, S. 112 f.; SGK-Schweizer/Bernet/Fankhauser, Art. 69 BV N. 30; Uhlmann, Der Fall Curt Glaser, S. 157 ff.; Uhlmann/Eckstein, S. 39 f.

156. Zum Ganzen Uhlmann/Eckstein, S. 39 f.

Vanessa Rüegger, Advokatin und Mediatorin SAV, ist ordentliche Professorin für Öffentliches Recht an der Universität Genf. Sie hat sich mit einer Arbeit zur Kunstfreiheit (Art. 21 BV) an der Universität Basel habilitiert und ist beratend und prozessierend für Kulturbehörden auf Bundes- und Kantonsebene tätig. Sie ist Mitglied im Museumsrat des Schweizerischen Nationalmuseums.

Tatiana Holmer, MLaw, MA, ist wissenschaftliche Assistentin und Doktorandin an der Universität Genf. Ihre Doktorarbeit befasst sich mit der Regelung zur Bewahrung des immateriellen Kulturerbes im schweizerischen Recht.

Dank

Die Autorinnen danken den Herausgebern, Prof. Dr. Odile Ammann, LL.M., sowie Dr. Stefan Schlegel, sowie den beiden Peer Reviewern für die kritische Durchsicht dieser Kommentierung.

WEITERE EMPFOHLENE LEKTÜRE

Bandle Anne-Laure/Renold Marc-André, *Droit de l'art et des biens culturels*, Basel 2022.

Dal Molin Gioia, *Von der schwierigen Kunst, Kunst zu fördern. Staatliches und nicht-staatliches Engagement für die bildende Kunst in der Schweiz, 1950–1980* (Diss. Zürich), Zürich 2018.

Freitag Markus/Zumbrunn Alina, § 3 Politische Kultur, in: Papadopoulos Yannis/Sciarini Pascal/Vatter Adrian/Häusermann Silja/Emmenegger Patrick/Fossati Flavia (Hrsg.), *Handbuch der Schweizer Politik/Manuel de la politique suisse*, 7. Aufl., Basel 2022, S. 85 ff.

Graber Christoph Beat, *Kulturverfassung*, in: Diggelmann Oliver/Hertig Randall Maya/Schindler Benjamin (Hrsg.), *Verfassungsrecht der Schweiz*, Bd. 3: *Verfassungsorgane, Verfahren, Bereichsverfassungen*, Zürich et al. 2020, S. 2309 ff. (zit. *Kulturverfassung*).

Marx Lisa, *Fédéralisme, art et démocratie. Fabriquer les politiques culturelles en Suisse* (Diss. Genf), Zürich et al. 2025.

Mosimann Peter/Renold Marc-André/Raschèr Andrea F.G. (Hrsg.), *Kultur, Kunst, Recht. Schweizerisches und internationales Recht*, 2. Aufl., Basel 2020.

Müller Georg, *Kulturförderung als Staatsaufgabe und ihre Finanzierung*, in: Favre Anne-Christine/Flückiger Alexandre (Hrsg.), *Droit et culture. Recueil de textes à l'occasion des 75 ans de Pierre Moor*, Lausanne 2015, S. 83 ff.

Raschèr Andrea F.G./Bandle Anne Laure (Hrsg.), *Kulturrecht Kunstrecht. Lehr- und Praxishandbuch*, Zürich et al. 2026.

Rüegger Vanessa, *Kunstfreiheit* (Habil. Basel), Basel et al. 2020.

Valär Rico Franc, *Wie viel Kulturpolitik braucht die Schweiz?*, in: Kreis Georg (Hrsg.), *Wie viel Staat braucht die Schweiz?*, Basel 2019, S. 123 ff.

LITERATURVERZEICHNIS

Aubert Jean-François/Mahon Pascal, *Petit commentaire de la Constitution fédérale de la Confédération suisse du 18 avril 1999*, Zürich et al. 2003.

Bandle Anne-Laure/Renold Marc-André, *Droit de l'art et des biens culturels*, Basel 2022.

Belser Eva Maria/Molinari Eva, Kommentierung zu Art. 7 BV, in: Waldmann Bernhard/Belser Eva Maria/Epiney Astrid (Hrsg.), Schweizerische Bundesverfassung. Basler Kommentar, 2. Aufl., Basel 2025.

Benhamou Yaniv/Ferland Justine, Digitization of GLAM Collections and Copyright. Policy Paper, GRUR International, 71 (2022) 5, S. 403 ff., abrufbar unter <https://archive-ouverte.unige.ch/unige:160723>, besucht am 17.3.2026.

Biaggini Giovanni, Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, 2. Aufl., Zürich 2017.

Briel André/Waespi Oliver/Zimmermann Daniel, Kulturrecht des Bundes, in: Ehrenzeller Bernhard (Hrsg.), Bildungs-, Kultur- und Sprachenrecht, Basel 2018, S. 561 ff.

Catrina Ramona/Müller-Chen Markus, Unabhängige Eidgenössische Kommission für während des Nationalsozialismus gestohlene resp. verfolgungsbedingt entzogene Kulturgüter?, in: Mosimann Peter/Schönenberger Beat (Hrsg.), Kunst & Recht 2022/Art & Law 2022, S. 97 ff.

Dal Molin Gioia, Von der schwierigen Kunst, Kunst zu fördern. Staatliches und nicht-staatliches Engagement für die bildende Kunst in der Schweiz, 1950–1980 (Diss. Zürich), Zürich 2018.

Drittenbass Joel, Kommentierung zu Art. 13 BV, in: Schlegel Stefan/Ammann Odile (Hrsg.), Onlinekommentar zur Bundesverfassung, Version 22.4.2025, abrufbar unter <https://onlinekommentar.ch/de/kommentare/bv13>, besucht am 13.4.2026.

Engi Lorenz, Die religiöse und ethische Neutralität des Staates. Theoretischer Hintergrund, dogmatischer Gehalt und praktische Bedeutung eines Grundsatzes des schweizerischen Staatsrechts (Habil. St. Gallen), Zürich et al. 2017.

Gavillet Aurélie, Kommentierung zu Art. 67a BV, in: Martenet Vincent/Dubey Jacques (Hrsg.), Constitution fédérale. Commentaire romand, Basel 2021.

Geiser Thomas/Graber Christoph Beat, Kommentierung zu Art. 71 BV, in: Ehrenzeller Bernhard/Egli Patricia/Hettich Peter/Hongler Peter/Schindler Benjamin/Schmid Stefan G./Schweizer Rainer J. (Hrsg.), Die schweizerische Bundesverfassung. St. Galler Kommentar, 4. Aufl., Zürich et al. 2023.

Graber Christoph Beat, Zwischen Geist und Geld. Interferenzen von Kunst und Wirtschaft aus rechtlicher Sicht (Diss. Florenz), Baden-Baden 1994 (zit. Zwischen Geist und Geld).

Graber Christoph Beat, Kulturverfassung, in: Diggelmann Oliver/Hertig Randall Maya/Schindler Benjamin (Hrsg.), Verfassungsrecht der Schweiz, Bd. 3: Verfassungsorgane, Verfahren, Bereichsverfassungen, Zürich et al. 2020, S. 2309 ff (zit. Kulturverfassung).

Gredig Markus, Der Schutz des UNESCO-Welterbes in der Schweiz. Gegenstand, Inhalt und Umsetzung des Übereinkommens zum Schutz des Kultur- und Naturgutes der Welt vom 23. November 1972 (Diss. Freiburg), Bern 2014.

Häberle Peter, Vom Kulturstaat zum Kulturverfassungsrecht, in: Häberle Peter (Hrsg.), Kulturstaatlichkeit und Kulturverfassungsrecht, Darmstadt 1982, S. 1 ff.

Hänni Peter/Epiney Astrid, Kommentierung zu Art. 67a, in: Waldmann Bernhard/Belser Eva Maria/Epiney Astrid (Hrsg.), Schweizerische Bundesverfassung. Basler Kommentar, 2. Aufl., Basel 2025.

Hauser Claude/Tanner Jakob, Einleitung: Pro Helvetia als Paradox, in: Hauser Claude/Seeger Bruno/Tanner Jakob (Hrsg.), Zwischen Kultur und Politik. Pro Helvetia 1939 bis 2009, Zürich 2010, S. 11 ff.

- Holland Andrew, Bundesstaatliche Kunstförderung in der Schweiz. Anregungen aus einem Rechtsvergleich mit den USA (Diss. St. Gallen), Zürich 2002.
- Huster Stefan, Die ethische Neutralität des Staates. Eine liberale Interpretation der Verfassung (Habil. Heidelberg), 2. Aufl., Tübingen 2017.
- Kessler Franz, Die Schweizerische Kulturstiftung Pro Helvetia (Diss. Zürich), Zürich 1993.
- Kiener Regina, § 57 Bildung, Forschung und Kultur, in: Thürrer Daniel/Aubert Jean-François/Müller Jörg Paul (Hrsg.), Verfassungsrecht der Schweiz, Zürich 2001, S. 903 ff.
- Kley Andreas, Kommentierung zu Art. 29a BV, in: Ehrenzeller Bernhard/Egli Patricia/Hettich Peter/Hongler Peter/Schindler Benjamin/Schmid Stefan G./Schweizer Rainer J. (Hrsg.), Die schweizerische Bundesverfassung. St. Galler Kommentar, 4. Aufl., Zürich et al. 2023.
- Lehmann Hannah, Die schweizerische Restitutionspraxis im Lichte der Washingtoner Prinzipien (Diss. Bonn), Berlin et al. 2024.
- Lenski Sophie-Charlotte, Öffentliches Kulturrecht. Materielle und immaterielle Kulturwerke zwischen Schutz, Förderung und Wertschöpfung, Tübingen 2013.
- Merryman John Henry/Elsen Albert E./Urice Stephen K., Law, Ethics and the Visual Arts, 5. Aufl., Aalphen aan den Rijn 2007.
- Müller Jörg Paul, Perspektiven der Demokratie. Vom Nationalmythos Wilhelm Tell zur Weltsicht Immanuel Kants, Bern 2012 (zit. Perspektiven der Demokratie).
- Müller Jörg Paul/Schefer Markus, Grundrechte in der Schweiz. Im Rahmen der Bundesverfassung, der EMRK und der UNO-Pakte, 4. Aufl., Bern 2008.
- Müller Jörg Paul, Einheit der Verfassung und Vielfalt der Kultur, in: Blankenagel Alexander/Pernice Ingolf/Schulze-Fielitz Helmuth (Hrsg.), Verfassung im Diskurs der Welt. Liber Amicorum für Peter Häberle zum siebzigsten Geburtstag, Tübingen 2004, S. 17 ff. (zit. Einheit der Verfassung).
- Nafziger James A.R./Kirkwood Paterson Robert/Dundes Renteln Alison, Cultural Law. International, Comparative, and Indigenous, Cambridge 2014.
- Noël Yves, Kommentierung zu Art. 69 BV, in: Martenet Vincent/Dubey Jacques (Hrsg.), Constitution fédérale. Commentaire romand, Basel 2021.
- Odendahl Kerstin, Kulturgüterrecht, 2. Aufl., Baden-Baden 2017 (zit. Kulturgüterrecht).
- Odendahl Kerstin, Kulturgüterschutz (Habil. Tübingen), Tübingen 2005 (zit. Kulturgüterschutz).
- Petrig Anna/Stemmler Maria, UNESCO-Übereinkommen über den Schutz des Unterwasserkulturerbes. Unvollständige Umsetzung durch die Schweiz, ZSR 139 (2020) S. 47 ff.
- Pfändler-Oling Brigitte, Die verfassungsrechtliche Grundlage der Kulturförderung im Bund, Kulturbegriff, Art. 69 BV im Verfassungszusammenhang (Diss. Basel), Basel 2010.
- Raschèr Andrea F.G./Bandle Anne Laure (Hrsg.), Kulturrecht Kunstrecht. Lehr- und Praxishandbuch, Zürich et al. 2026.
- Raschèr Andrea F.G./Bucheli Markus, Eine Brücke zwischen kirchlichem und staatlichem Kulturgüterrecht, AJP/PJA (2023) S. 190 ff.

Raschèr Andrea F.G., 1. Kapitel: Kultur und Kunst als Materie des Rechts. § 1 Kultur, in: Mosimann Peter/Renold Marc-André/Raschèr Andrea F.G. (Hrsg.), Kultur, Kunst, Recht. Schweizerisches und internationales Recht, 2. Aufl., Basel 2020, S. 7 ff. (zit. Kultur).

Raschèr Andrea F.G./Lohri Andrea/Maget Dominicé Antoinette, 3. Kapitel: Nationale Kulturpolitik und Völkerrecht, in: Mosimann Peter/Renold Marc-André/Raschèr Andrea F.G. (Hrsg.), Kultur, Kunst, Recht. Schweizerisches und internationales Recht, 2. Aufl., Basel 2020, S. 151 ff.

Raschèr Andrea F.G., 6. Kapitel: Kulturgütertransfer. § 1 Grundlagen, in: Mosimann Peter/Renold Marc-André/Raschèr Andrea F.G. (Hrsg.), Kultur, Kunst, Rech. Schweizerisches und internationales Recht, 2. Aufl., Basel 2020, S. 383 ff. (zit. Grundlagen).

Raschèr Andrea F.G./Renold Marc-André/Desboeufs Morgane, 6. Kapitel: Kulturgütertransfer. § 4 Kulturgütertransfergesetz, in: Mosimann Peter/Renold Marc-André/Raschèr Andrea F.G. (Hrsg.), Kultur, Kunst, Recht. Schweizerisches und internationales Recht, 2. Aufl., Basel 2020, S. 439 ff.

Raschèr Andrea F.G., 6. Kapitel: Kulturgütertransfer. § 10 Raubkunst, in: Mosimann Peter/Renold Marc-André/Raschèr Andrea F.G. (Hrsg.), Kultur, Kunst, Recht. Schweizerisches und internationales Recht, 2. Aufl., Basel 2020, S. 581 ff. (zit. Raubkunst).

Raschèr Andrea F.G./Uhlig Kai-Peter/Neuser Marco, § 8 Kultur, in: Helbing Lichtenhahn Verlag (Hrsg.), Covid-19. Ein Panorama der Rechtsfragen zur Corona-Krise, Basel 2020, S. 247 ff.

Raschèr Andrea F.G./Christen Claudia/Tribolet Thomas, Kulturförderung des Bundes. Chancen und Grenzen des neuen Kulturartikels, AJP/PJA 9 (2001) S. 1035 ff.

Renold Marc-André/Morgane Desboeufs, Droit suisse, in: Cornu Marie/Fromageau Jérôme/Frigo Manlio/Négri Vincent/Renold Marc-André/Hance Clea/Wallaert Catherine (Hrsg.), Dictionnaire comparé du droit du patrimoine culturel, 2. Aufl., Paris 2025, S. 164 ff.

Renold Marc-André/Mosimann Peter, 1. Kapitel: Kultur und Kunst als Materie des Rechts. § 2 Kunst, in: Mosimann Peter/Renold Marc-André/Raschèr Andrea F.G. (Hrsg.), Kultur, Kunst, Recht. Schweizerisches und internationales Recht, 2. Aufl., Basel 2020, S. 21 ff.

Renold Marc-André, Kulturgutschutz in der Schweiz, in: Von der Decken Kerstin/Fechner Frank/Weller Mathias (Hrsg.), Kulturgutschutzgesetz. Kommentar, Baden-Baden 2020, S. 86 ff. (zit. Kulturgutschutz).

Renold Marc-André, Le droit de l'art et des biens culturels en Suisse. Questions choisies, ZSR 129 (2010) S. 137 ff.

Rhinow René/Schefer Markus/Uebersax Peter, Schweizerisches Verfassungsrecht, 3. Aufl., Basel 2016.

Rohr Adolf/Philipp Albert Stapfer, Minister der Helvetischen Republik und Gesandter der Schweiz in Paris 1798–1803, Baden 2005.

Rüegger Vanessa, Kunstfreiheit (Habil. Basel), Basel et al. 2020.

Rüegger Vanessa/Hafner Felix, Kommentierung zu Art. 21, in: Ehrenzeller Bernhard/Egli Patricia/Hettich Peter/Hongler Peter/Schindler Benjamin/Schmid Stefan G./Schweizer Rainer J. (Hrsg.) Die schweizerische Bundesverfassung. St. Galler Kommentar, 4. Aufl., Zürich et al. 2023.

Schack Heimo, Kunst und Recht. Bildende Kunst, Architektur, Design und Fotografie im deutschen und internationalen Recht, 4. Aufl., Tübingen 2024.

Schmidt-Gabain Florian, Kommentierung zu Art. 69 BV, in: Waldmann Bernhard/Belser Eva Maria/Epiney Astrid (Hrsg.), Schweizerische Bundesverfassung. Basler Kommentar, 2. Aufl., Basel 2025.

Schönenberger Beat, Restitution von Kulturgut, Bern 2009.

Schorlemers Sabine/Stoll Peter-Tobias (Hrsg.), The UNESCO Convention on the Protection and Promotion of the Diversity of Cultural Expressions. Explanatory Notes, Berlin 2014.

Schweizer Rainer J./Bernet Stephanie Andrea, Kommentierung zu Art. 67a BV, in: Ehrenzeller Bernhard/Egli Patricia/Hettich Peter/Hongler Peter/Schindler Benjamin/Schmid Stefan G./Schweizer Rainer J. (Hrsg.), Die schweizerische Bundesverfassung. St. Galler Kommentar, 4. Aufl., Zürich et al. 2023.

Schweizer Rainer J./Bernet Stephanie Andrea/Fankhauser Kim, Kommentierung zu Art. 69 BV, in: Ehrenzeller Bernhard/Egli Patricia/Hettich Peter/Hongler Peter/Schindler Benjamin/Schmid Stefan G./Schweizer Rainer J. (Hrsg.), Die schweizerische Bundesverfassung. St. Galler Kommentar, 4. Aufl., Zürich et al. 2023.

Schweizer Rainer J., Der neue Kulturartikel der Bundesverfassung, ZSR 120 (2001) S. 185 ff.

Schwenkel Christof/Ritz Manuel/Pestoni Amélie, Evaluation der Covid-19-Hilfen im Kulturbereich. Schlussbericht zuhanden des Bundesamts für Kultur (BAK), Luzern et al. 2023, abrufbar unter <https://www.bak.admin.ch/bak/de/home/themen/covid19/abschluss-covid-unterstuetzung.html>, besucht am 17.3.2026.

Solt

Judit, Le courage d'expérimenter, Schweizer Museumszeitschrift 24 (2024), S. 12 f., abrufbar unter <https://www.museums.ch/de/fachwelt/angebote/publikationen/museumszeitschrift-nr-24-5813.html>, besucht am 17.3.2026.

Stadler Hansjörg, Die verfassungsrechtlichen Befugnisse des Bundes zur Förderung der Kultur (Diss. Freiburg), Zürich 1984.

Töndury Andrea, Kultur zwischen Einheit, Vielfalt und Föderalismus, in: Hotz Sandra/Zelger Ulrich (Hrsg.), Kultur und Kunst. Analysen und Perspektiven von Assistierenden des Rechtswissenschaftlichen Instituts der Universität Zürich, Zürich et al. 2010, S. 175 ff.

Uhlmann Felix/Eckstein Franca, Die Schaffung der unabhängigen Kommission für historisch belastetes Kulturerbe in der Schweiz, in: Mosimann Nicolas/Rüegger Vanessa/Schüpbach Lionel (Hrsg.), Kunst & Recht 2025/Art & Law 2025, S. 5 ff.

Uhlmann Felix, Der Fall Curt Glaser als Brennpunkt der Herausforderung der Schweizer Kunstmuseum unter den Washington Principles, in: Haldemann Anita/Rauser Judith (Hrsg.), Der Sammler Kurt Glaser. Vom Verfechter der Moderne zum Verfolgten, Berlin 2022, S. 156 ff. (zit. Der Fall Curt Glaser).

Uhlmann Felix/Raschèr Andrea F.G./Scheifele Eva/Wilhelm Martin, 4. Kapitel: Kulturförderung, in: Mosimann Peter/Renold Marc-André/Raschèr Andrea F.G. (Hrsg.), Kultur, Kunst, Recht. Schweizerisches und internationales Recht, 2. Aufl., Basel 2020, S. 223 ff.

Uhlmann Felix/Bognuda Cristina, Zehn Thesen zu Kunstfreiheit und Kunstförderung, ZSR 127 (2008) S. 363 ff.

Uhlmann Felix, Die Neutralität der Verwaltung, ZBI 108 (2007) S. 211 ff. (zit. Neutralität der Verwaltung).

Vittoz Sarah, Les subventions aux arts de la scène. Aperçu et questions choisies en droit cantonal vaudois, in: Largey Thierry/Boillet Véronique (Hrsg.), Environnement et justice. Mélanges en l'honneur de la Professeure Anne-Christine Favre, Bern 2024, S. 135 ff.

Waldmann Bernhard, Wegkreuze und Gipfelkreuze im Visier, in: Zufferey Jean-Baptiste/Dubey Jacques/Previtali Adriano (Hrsg.), L'homme et son droit. Mélanges en l'honneur de Marco Borghi, Zürich 2011, S. 591 ff.

MATERIALIENVERZEICHNIS

Amtliches Bulletin der Bundesverfassung 1998 zur Reform der Bundesverfassung, Nationalrat, abrufbar unter <https://www.bj.admin.ch/bj/de/home/staat/archiv/bundesverfassung.html>, besucht am 17.3.2026 (zit. AB 1998 N).

Amtliches Bulletin der Bundesverfassung 1998 zur Reform der Bundesverfassung, Ständerat, abrufbar unter <https://www.bj.admin.ch/bj/de/home/staat/archiv/bundesverfassung.html>, besucht am 17.3.2026 (zit. AB 1998 S).

Botschaft zu dem Entwurf eines Beschlusses betreffend die Förderung und Hebung der schweizerischen Kunst vom 3.6.1887, BBl 1887 III 515 ff., abrufbar unter <https://www.amtsdruckschriften.bar.admin.ch/viewOrigDoc.do?id=10013591&action=open>, besucht am 17.3.2026 (zit. Botschaft Förderung und Hebung der Kunst).

Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Organisation und die Aufgaben der schweizerischen Kulturwahrung und Kulturwerbung vom 14.12.1938, BBl 90 II 985 ff., abrufbar unter <https://www.amtsdruckschriften.bar.admin.ch/viewOrigDoc.do?id=10033812&action=open>, besucht am 17.3.2026 (zit. Botschaft Kulturwahrung und Kulturwerbung).

Botschaft zur «Eidgenössische Kulturinitiative» vom 18.4.1984, BBl 1984 II 501 ff., abrufbar unter <https://www.amtsdruckschriften.bar.admin.ch/viewOrigDoc.do?id=10049319&action=open>, besucht am 17.3.2026.

Botschaft über einen Kulturförderungsartikel in der BV (Art. 27^{septies} BV) vom 6.11.1991, BBl 1992 I 533 ff., abrufbar unter <https://www.amtsdruckschriften.bar.admin.ch/viewOrigDoc.do?id=10052119&action=open>, besucht am 17.3.2026.

Botschaft über eine neue Bundesverfassung vom 20.11.1996 und Verfassungsentwurf 1996, BBl 1997 I 1 ff., abrufbar unter https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/1997/1_1_1/de, besucht am 17.3.2026 (zit. Botschaft BV).

Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2025–2028 vom 1.3.2024, BBl 2024 753 ff., abrufbar unter <https://www.fedlex.admin.ch/filestore/fedlex.data.admin.ch/eli/fga/2024/753/de/pdf-a/fedlex-data-admin-ch-eli-fga-2024-753-de-pdf-a.pdf>, besucht am 17.3.2026 (zit. Kulturbotschaft 2025–2028).

Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024 vom 26.2.2020, BBl 2020 3131 ff., abrufbar unter <https://www.fedlex.admin.ch/filestore/fedlex.data.admin.ch/eli/fga/2020/725/de/pdf-a/fedlex-data-admin-ch-eli-fga-2020-725-de-pdf-a.pdf>, besucht am 17.3.2026 (zit. Kulturbotschaft 2021–2024).

Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2016–2020 vom 28.11.2014, BBl 2015 497 ff., abrufbar unter <https://www.fedlex.admin.ch/filestore/fedlex.data.admin.ch/eli/fga/2015/45/de/pdf-a/>

[fedlex-data-admin-ch-eli-fga-2015-45-de-pdf-a.pdf](#), besucht am 17.3.2026 (zit. Kulturbotschaft 2016–2020).

Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2012–2015 vom 23.2.2011, BBl 2011 2971 ff., abrufbar unter <https://www.fedlex.admin.ch/filestore/fedlex.data.admin.ch/eli/fga/2011/455/de/pdf-a/fedlex-data-admin-ch-eli-fga-2011-455-de-pdf-a.pdf>, besucht am 17.3.2026 (zit. Kulturbotschaft 2012–2015).

Botschaft

zum Bundesgesetz über die Kulturförderung vom 8.6.2007, BBl 2007 4819 ff., abrufbar unter <https://www.fedlex.admin.ch/filestore/fedlex.data.admin.ch/eli/fga/2007/681/de/pdf-a/fedlex-data-admin-ch-eli-fga-2007-681-de-pdf-a.pdf>, besucht am 17.3.2026 (zit. Botschaft KFG).

Botschaft zur Totalrevision des Bundesgesetzes über den Schutz der Kulturgüter bei bewaffneten Konflikten vom 13.11.2013, BBl 2013 8987 ff., abrufbar unter <https://www.fedlex.admin.ch/filestore/fedlex.data.admin.ch/eli/fga/2013/1805/de/pdf-a/fedlex-data-admin-ch-eli-fga-2013-1805-de-pdf-a.pdf>, besucht am 17.3.2026.

Botschaft zum Übereinkommen zur Bewahrung des immateriellen Kulturerbes vom 21.9.2007, BBl 2007 7251 ff., abrufbar unter <https://www.fedlex.admin.ch/filestore/fedlex.data.admin.ch/eli/fga/2007/1109/de/pdf-a/fedlex-data-admin-ch-eli-fga-2007-1109-de-pdf-a.pdf>, besucht am 17.3.2026 (zit. Botschaft immateriellen Kulturerbe).

Botschaft zum Übereinkommen über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen vom 21.9.2007, BBl 2007 7297 ff., abrufbar unter <https://www.fedlex.admin.ch/filestore/fedlex.data.admin.ch/eli/fga/2007/1112/de/pdf-a/fedlex-data-admin-ch-eli-fga-2007-1112-de-pdf-a.pdf>, besucht am 17.3.2026 (zit. Botschaft kulturelle Ausdrucksformen).

Bundesamt für Kultur (BAK), Rahmenkonzept «Junge Talente Musik». Ein Förderprogramm des Bundes, Juni 2022, abrufbar unter <https://www.bak.admin.ch/bak/de/home/sprachen-und-gesellschaft/musikalische-bildung/jung-talente-musik.html>, besucht am 17.3.2026 (zit. Rahmenkonzept).

Bundesbeschluss über die «Eidgenössische Kulturinitiative» vom 20.12.1985, BBl 1986 I 45 ff., abrufbar unter https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/1986/1_45_46_46/de, besucht am 17.3.2026.

Bundesbeschluss betreffend die Errichtung einer schweizerischen Landesbibliothek vom 28.6.1894, BBl 1894 III 140 ff., abrufbar unter https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/1894/3_140_46_/de, besucht am 17.3.2026.

Bundesbeschluss über einen Kulturförderungsartikel in der Bundesverfassung (Art. 27^{septies} BV) vom 18.6.1993, BBl 1993 II 870 ff., abrufbar unter https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/1993/2_870_845_782/de, besucht am 17.3.2026.

Bundesbeschluss betreffend die Förderung und Hebung der schweizerischen Kunst vom 22.12.1887, BBl 1888 I 1 ff., abrufbar unter https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/1888/1_1_1_/de, besucht am 17.3.2026.

Bundesbeschluss betreffend die Errichtung eines schweizerischen Landesmuseums vom 27.6.1890, BBl 1890 III 640 ff., abrufbar unter https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/1890/3_640_914_/de, besucht am 17.3.2026.

Bundesratsbeschluss über das Ergebnis der Volksabstimmung vom 12.6.1994 (Kulturförderung; Einbürgerungsfragen; Friedenserhaltung) vom 16.8.1994, BBl 1994 III 1251 ff., abrufbar unter https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/1994/3_1251_1232_/de, besucht am 17.3.2026.

Committee on Economic, Social and Cultural Rights (CESCR), General Comment No. 21, Right of Everyone to Take Part in Cultural Life (art. 15, para. 1(a), of the International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights) (21.12.2009), U.N. Doc. E/C.12/GC/21.

Deutsche UNESCO-Kommission, Weltkonferenz über Kulturpolitik. Schlussbericht der von der UNESCO vom 26.7 bis 6.8.1982 in Mexiko-Stadt veranstalteten internationalen Konferenz, UNESCO-Konferenzberichte, Nr. 5, München 1983.

Eidgenössischen Departements des Innern (EDI), Die Arbeiten des Bundes im Bereich der NS-Raubkunst im Zeitraum von 2017–2021. Bericht zuhanden des Bundesrats, 10.6.2022, abrufbar unter <https://www.bak.admin.ch/bak/de/home/kulturerbe/raubkunst/die-anlaufstelle-raubkunst.html>, besucht am 17.3.2026 (zit. NS-Raubkunst im Zeitraum von 2017–2021).

Eidgenössischen Expertenkommission für Fragen einer schweizerischen Kulturpolitik, Beiträge für eine Kulturpolitik in der Schweiz, Bern, August 1975, abrufbar unter <https://www.bak.admin.ch/bak/de/home/themen/kulturfoerderungsgesetz/geschichte-der-bundesstaatlichen-kulturfoerderung.html#-1964039506>, besucht am 17.3.2026 (zit. Clottu-Bericht).

Erläuterungen zum Verfassungsentwurf 1995, abrufbar unter <https://www.bj.admin.ch/bj/de/home/staat/archiv/bundesverfassung.html>, besucht am 17.3.2026 (zit. Erläuterungen VE 95).

Human Rights Committee (HRC), Report of the Special Rapporteur in the Field of Cultural Rights (3.2.2016), U.N. Doc. A/HRC/31/59.

Human Rights Committee (HRC), Report of the Independent Expert in the Field of Cultural Rights (21.3.2011), U.N. Doc. A/HRC/17/38.

Nationaler Kulturdialog, Ökologie im Kulturbereich. Abschlussbericht, November 2024, abrufbar unter <https://www.bak.admin.ch/bak/de/home/themen/nationaler-kulturdialog.html>, besucht am 17.3.2026.

Nationaler Kulturdialog, Empfehlungen zur Entschädigung von Kunstschaaffenden in der Schweiz, 22.4.2024, abrufbar unter <https://www.bak.admin.ch/bak/de/home/themen/nationaler-kulturdialog.html>, besucht am 17.3.2026.

Nationaler Kulturdialog, Konzept zur Bewahrung und Pflege des Kulturerbes der Schweiz, 13.11.2023, abrufbar unter <https://www.bak.admin.ch/bak/de/home/themen/nationaler-kulturdialog.html>, besucht am 17.3.2026.

UNESCO, MONDIACULT 2022 Final Declaration, UNESCO World Conference on Cultural Policies and Sustainable Development, Mexico City, 28–30.9.2022, MONDIACULT-2022/CPD/6.